

Von: Wolfgang Melchior  
<http://www.wmelchior.com>

**Wolfgang Melchior**  
**Bayerstr. 18/IV; 8 München 2**  
**Tel.: 53 66 16**

**Nationalökonomische Theorien und die sozialen und  
sozialpolitischen Anschauungen der Rheinischen Frühliberalen**

**Proseminar Reinhard Stauber M.A.                      WS 1988/89**  
**Einführung in das Studium der Neueren Geschichte:**  
***Das politische System des Deutschen Bundes 1814/15-1866***

## Inhaltsverzeichnis

[Seitenzahlen nur für Original!]

<b>Einleitung</b>	2
I. Die nationalökonomischen Theorien	5
1. Soziale Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie Englands	5
a) Jeremy Bentham	5
b) Thomas Robert Malthus	8
c) Adam Smith	11
2. Soziale Vorstellungen deutscher Nationalökonomien	15
a) Karl-Heinrich Rau	15
b) Johann Heinrich Thünen	16
c) Friedrich List	16
II. Die sozialen und sozialpolitischen Anschauungen der Rheinischen Frühliberalen	
1. Der Rheinische Frühliberalismus	18
2. Zu den Persönlichkeiten	19
3. Das bürgerlich-liberale Selbstverständnis	21
Exkurs: Bürgerliches Selbstverständnis und der bürgerliche Staatsbegriff	26
4. Die Beurteilung der Sozialen Frage	27
5. Die sozialpolitische Praxis	37
Schluß	39

## EINLEITUNG

Im Mittelpunkt der Liberalismusinterpretationen steht die Frage, ob Liberalismus als bürgerliche Klassenideologie oder als Summe wesentlich klassenunabhängiger Ideenkonzeptionen zu sehen sei.

Die Mehrzahl westlicher Historiker folgen dabei dem zweitgenannten Konzept. Selbst neuere Betrachtungen, wie die Langewiesches und Nipperdeys halten an einem recht starren Modell von Liberalismus als "primär" politischer Verfassungsbewegung fest, indem sie liberales Denken von den geistesgeschichtlichen Wurzeln der Aufklärung herleiten.<sup>1)</sup>

Damit stehen sie ganz in der konservativen Tradition Galls und Schieders. Deren Betrachtungen bewahren Liberalismus vor einer Verbindung mit dem Industriekapitalismus, indem sie die liberale Bewegung mit einem vorindustriellen Phänomen identifizieren<sup>2)</sup>. Liberales Denken könne nicht eine auf das aufstrebende Wirtschaftsbürgertum beschränkte Klassenideologie sein. So meint Schieder über den liberalen Freiheitsbegriff:

"Der geschichtliche Auftrag, den der Liberalismus dabei - mit gutem Grund - für sich in Anspruch nahm, ging weit über die Befriedigung eines Klasseninteresses hinaus; im Geiste der Aufklärung und des Naturrechts empfand er ihn als einen allgemein menschlichen Auftrag."

Den genannten Konzeptionen sind folgende Standpunkte gemeinsam:

1. ) Eine grundsätzliche Trennung von politischem und ökonomischem Liberalismus, in der Weise, daß man meint, die Mechanismen industriekapitalistischer Produktionsweise seien liberalem Denken wesensfremd<sup>4)</sup>.
- 2.) Die Auffassung, daß der bourgeoise Klassencharakter des Liberalismus als "spezifisch großbürgerlicher Liberalismus"<sup>5)</sup> entweder als Krisen-, bzw. Degenerationserscheinung eines wahren Liberalismus mit wesentlich "allgemein menschlichem Auftrag" (Schieder, siehe oben) oder als schlichtweg untypisch betrachtet werden müsse.
- S. ) Die mehr oder weniger offen vertretene, interessierte Absicht der Autoren, die liberale Idee für die Gegenwart zu retten, indem sie sie vor allen negativen historischen "Begleitphänomenen" (Pauperismus, rigoroser Konkurrenzkampf) bewahren wollen. Die angenommene Herkunft des Liberalismus aus altständisch-aufgeklärten Sozialen will Liberalismus als geistesgeschichtliches, dem Industriekapitalismus sogar feindliches

Von: Wolfgang Melchior  
<http://www.wmelchior.com>

"Schrittmacher des (politischen) Liberalismus" wurde. Trotzdem fanden sich beide "auf dem Boden des Naturrechts in gesellschaftstheoretisch - ökonomischer Hinsicht: in den Anschauungen über die freie Natur des Menschen und das freie Eigentum." Dabei wurden die "Folgeerscheinungen" des Laissez-faire, allen voran die Verelendung, "unbewußt" in Kauf genommen.

Andere Theorien gleichen Einschlags betonen die Ambivalenz der Freiheitsidee des Liberalismus, die sowohl zu regressivem Primitivismus wie auch zu progressivem Fortschrittsglauben neige 8) .

Interessant erscheint die Position Mommsens, der die zunehmend "klassenmäßige Orientierung liberaler Politik" als einen "Prozeß politischer Reifung" sieht, wobei er aber betont, daß sich in Deutschland ein "klar definiertes Klasseninteresse" aufgrund einer zu zaghaften Industrialisierung gar nicht herausbilden konnte 9) .

All diesen Betrachtungen gegenüber stehen - neben den vielen Publikationen der DDR-Forschung 10) - westliche Vertreter des historischen Materialismus, allen voran die Autoren der Kritischen Theorie Adorno und Horkheimer.

Adorno und Horkheimer weisen in ihrem Hauptwerk "Dialektik der Aufklärung" nach, wie vernünftiges und liberales Denken sozio-ökonomisch instrumentalisiert wurde und wird. Aufklärung, mit deren Denken der Freiheitsbegriff "untrennbar verbunden" sei, sei als "wirkliche Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft als *ganzer* unter dem Aspekt ihrer in Personen und Institutionen verkörperten Idee" 11) , ein Prozeß rationaler und ökonomischer Befreiung partikularer Herrschaftsinteressen auf Kosten des mit ökonomischer Ohnmacht geschlagenen gesellschaftlichen Rests.

Ähnlich Brembach, wenn er die Garantierung der bürgerlichen Freiheit als "Ausgangs- und Zielpunkt liberalen Denkens" begreift, welches den Zweck verfolgt habe, "der bürgerlichen Mittelklasse als der gesellschaftlich entscheidenden Klasse jenen ... Spielraum zu erkämpfen und zu bewahren, der den Kern des bürgerlichen Freiheitsverständnisses ausmacht" 12) .

Im Folgenden soll nun liberales Denken und Handeln an den sozialen und sozialpolitischen Vorstellungen der Rheinischen Frühliberalen erläutert werden. Zuvor möchte ich jedoch auf die wegweisenden und grundlegenden Laissez-faire-Konzeptionen der klassischen Nationalökonomie Englands und ihrer deutschen Revisionen eingehen. Ihre Kenntnis erscheint mir unabdingbar für ein Verständnis der Betrachtungen der Rheinischen Wirtschaftsliberalen.

## I. Die nationalökonomischen Theorien

### 1.) Soziale Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie Englands

Liberales Denken läßt sich an der Problematisierung des individuellen Freiheitsbegriffes erkennen. Laissez-faire meint dabei in erster Linie die ökonomische Freiheit des Individuums. Die Herkunft des Laissez-faire-Begriffes ist mit verschiedenen Anekdoten verbunden 13). Allgemein gesprochen liegt dem Laissez-faire-Prinzip "der Grundsatz der Nichteinmischung des Staates" (John Stuart Mill) in sozio-ökonomische Prozesse der Gesellschaft zugrunde. Seit der physiokratischen Nationalökonomie und den Theorien Adam Smiths wurde der Begriff "zu einer der entscheidenden ideologischen Grenzlinien der Modernen" 14) .

In der englischen Nationalökonomie des ausgehenden 18. Jahrhunderts wurden die "Gründe und Grenzen des Grundsatzes" (John Stuart Mill) unterschiedlich festgelegt. Von verschiedenen philosophisch-ökonomischen Grundkonzeptionen ausgehend beantworteten die Autoren die Frage individueller Freiheit unterschiedlich.

Unterscheidungskriterien ihrer Systeme sind:

- 1.) Die verschiedenen erkenntnistheoretischen Ansätze: spekulative oder empirische Methode.
- 2.) Die anthropologischen Konzepte: Die Ansichten über das Naturgemäße des Menschen.
- S.) Die Stellungen zum Problem Individualismus und Interessenharmonie .

#### a) Jeremy Bentham (1748-1832)

Eine Extremposition nahm der Benthamsche Utilitarismus ein. Als Radikalempirist, für den "jede Frage auf dem Gebiete der Politik und der Moral an den Tatsachen überprüft werden sollte" 15) stellte er bei allen Menschen eine natürliche (aufgrund einer "allen gemeinsam naturgegebenen Konstitution" 16) ) Tendenz zu nützlichem Handeln fest. Hand in Hand damit gehe eine "Divergenz" von schädlichem Handeln.

Unter Nützlichkei verstand Bentham "jene Eigenschaft eines jeden Objekts, durch welche es dazu tendiert, Nutzen, Vorteil, Freude, Gutes oder Glück zu erzeugen ...oder ...zu verhindern, daß der Partei, um deren Interessen es geht, Unheil, Schmerz, Übles oder Unglück widerfährt" 17) .

Diesen "anthropologischen Grundbefund" (Brembach), dem natürlichen Wunsch nach Freude (*pleasure*) und dem naturgemäßen Streben, Schmerz (*pain*) zu vermeiden, erhob Bentham zur universellen Handlungsmaxime des Menschen:

Der Mensch soll so sein, wie er seiner Natur nach ist. Wenn das Wesen des Menschen sein Streben nach Nützlichem ausmacht, so soll er auch alles daran setzen Nutzen zu erlangen.

Radikal ist auch Benthams individualistisches Konzept. Es macht Gesellschaft zu einem "fiktivem Körper, der aus Einzelpersonen besteht"; das Interesse der Allgemeinheit ist für Bentham nichts anderes als "die Summe der Interessen aller einzelner Glieder, aus denen sie sich zusammensetzt" 18). Demnach kann die Gesellschaft nichts anderes wollen als was

objektive und subjektive Formen von Glück 19).

In einem "Falle einer Kollision oder Wettstreits (der Interessen), wobei das Maß des Glücks einer jeden Partei gleich ist, sollte dem Glück der größeren Zahl der Vorzug vor dem der kleineren Zahl gegeben werden" 20).

Nachdem Bentham den Begriff der Gesellschaftlichkeit von einem Kollektiv- in einen Summenbegriff übergeführt hatte, gelangte zum "moralarithmetischen" 21) Grundprinzip gesellschaftlichen Lebens schlechthin:

Ziel jeder Gesellschaft sollte "das größte Glück der größten Zahl" sein.

Dieses Prinzip soll von einem "Pannomion", einer Art gesetzlichem Gesellschaftsvertrag, definiert und geschützt werden. Das Gesetzeswerk soll vier Rechtsprinzipien beinhalten, welche die Regierung als der gewählte Ausdruck der "größten Zahl" zu schützen und deren Aufrechterhaltung sie zu gewährleisten habe.

1.)

Ein wirkliches staatliches Eingriffsrecht kennt das Pannomion nur im Falle einer "Verletzung" des "den Lebensunterhalt sicherstellende(n) Prinzip(s)... . Es dient dem Zweck, darauf hinzuweisen, aus welchem Grunde bestimmte Vorkehrungen getroffen werden, um eine ausreichende Menge von Dingen für den Lebensunterhalt der betreffenden Gemeinschaft sicherzustellen" 22) .

2.)

Eine stets untergeordnete Rolle nimmt in Benthams Denken das Gleichheitsprinzip ein, welches den Ausgleich der Glücksgüter herstellen soll. Es ist prinzipiell in Benthams Glücksbegriff arithmetisch aufgehoben.

3.)

Neben dem "den Überschuß (an produzierten Glücksgütern) soweit wie möglich sicherstellende(n) Prinzip", sollen Staat und Regierung vor allem "die Sicherheit des Besizes und anderer mit der Prosperität verbundenen Dinge im Hinblick auf das Interesse des individuellen Besitzers gewährleisten" 23). Das Sicherheitsprinzip nimmt im Werk Benthams eine zentrale Position ein. Es soll jedem einzelnen "den Anteil am allgemeinen Wohlstand, der ihm zum fraglichen Zeitpunkt gehört und den er sein eigen nennt" 24) sichern.

4.)

Neben der Sicherheit müsse auch die Freiheit des Besizes gewährleistet sein. Freiheit und Sicherheit von Eigentum erklärte Bentham zu den Richtlinien staatlicher Politik. Individuelle Handlungsfreiheit und Sicherheit des Privateigentums könnten allein den Wohlstand einer Nation sichern:

"Hinsichtlich der Vermehrung des nationalen Wohlstandes... sollte das Motto oder Losungswort für die Regierung sein: Bleibe still !" 25) . Maximaler Wohlstand könne sich "mit wenigen Ausnahmen und Ausnahmen von geringer Bedeutung" nur dann herstellen, wenn die Regierung es "jedem Individuum überläßt, sein eigenes Maximum des Lebensgenußes im Verhältnis zu seinen Mitteln anzustreben" 26).

Benthams Theorien auf sozialpolitischem Gebiet beurteilt die Forschung unterschiedlich. Die Interpretationen gehen von einem "Konzept der Wohlfahrtsstaatlichkeit" 27) bis zu einer "Theorie der bloßen Existenzerhaltung" 28). In Benthams idealem Staat bedarf es streng

b) Thomas Robert Malthus (1766-1820)

Malthus machte der erbitterte politische Kampf gegen die Armen- und Getreidegesetze in England bekannt. Die theoretische Grundlage bildete sein Bevölkerungsgesetz. In seinem gleichnamigen Essay wollte Malthus die Ursachen von Armut und Elend unter den Menschen mit einem Naturgesetz erklären. Die Ursache dafür sah Malthus in der biologischen Bestimmung des Lebens schlechthin, "in der dauernden Neigung aller Lebewesen, sich weit über das Maß der für sie bereitgestellten Nahrungsmittel zu vermehren" 29) . Malthus nahm - ohne nähere Begründung - an, dass die Bevölkerungszahl nach der geometrische Reihe (exponentielles Wachstum) wachse, während die Menge der bereitgestellten Lebensmittel im Verhältnis dazu langsamer, nach dem Prinzip der arithmetischen Reihe (additives Wachstum), ansteige. Das geringere Anwachsen der Nahrungsmittel versuchte er mit dem "Gesetz des abnehmenden Bodenertrags" zu beweisen. Demnach würden bei gleichem Arbeits- und Kapitaleinsatz die Erträge immer geringer, da die Menschheit nach und nach auf bereits bebaute oder noch völlig unkultivierte Böden ausweichen müsse. Die Folge sei eine Lebensmittelverknappung. Aber "da durch jenes Naturgesetz, welches Nahrung zum Leben des Menschen notwendig macht, die Bevölkerung niemals wirklich über das niedrigste Maß des zu ihrer Erhaltung unbedingt Erforderlichen hinauswachsen kann, so muß infolge der Schwierigkeit Nahrung zu beschaffen ein starkes Hindernis für die Bevölkerung immerwährend wirksam sein" 30) . Dieses Hindernis manifestiere sich "in den mannigfachen Formen des Elends, oder als Furcht vor dem Elend" 31) .

Das Naturgesetz der Armut sollte nicht nur das Elend der Menschheit als gesellschaftliches Regulativ erklären, sondern auch moralisch rechtfertigen. Was immer so war, wird und sollte auch so bleiben:

"Das Gebäude der menschlichen Gesellschaft wird in seinen Grundzügen vermutlich stets unverändert bleiben. Wir haben allen Grund zu glauben, daß es stets aus einer besitzenden und einer Arbeiterklasse bestehen wird" 32).

So war Malthus davon überzeugt, daß "die hauptsächlichste und dauerndste Ursache der Armut wenig oder gar keine direkte Beziehung zu den Regierungsformen oder zur ungleichen Verteilung des Eigentums" habe. Aus diesem Grund hätten die Armen, wie jeder Mensch, "der Natur der Dinge nach" weder ein Recht auf Eigentum, noch ein Recht auf Macht, ja selbst das Recht auf Leben könne keinem zugesichert werden. Die Frage der bloßen Existenz schrumpft bei Malthus zu "eine (r) Frage des Könnens und der Macht" 34) zusammen. Der einzelne müsse sich seine Existenzberechtigung durch die freie Konkurrenz der Individuen erst erwerben. Die Naturrechtslehre von der Unveräußerlichkeit der Menschenrechte ersetzt der Naturgesetzmythos Malthus "durch den Kampf ums Überleben:

"Man glaubt allgemein, daß der Mensch ein Recht habe, von dem ich überzeugt bin, daß er es nicht besitzt, nämlich das Recht auf das Leben, wenn seine Arbeit den Lebensunterhalt nicht herbeischafft." 35)

Und im Vorwort zur dritten Auflage des "Bevölkerungsgesetzes" (1806) schrieb er, die menschliche Gemeinschaft mit einem großen Fest der Natur vergleichend:

"Beim großen Fest der Natur liegt kein freies Gedeck für ihn (gemeint ist der Arme) auf. Sie gebietet ihm sich davonzumachen, und wird ihr Gebot rasch durchsetzen, wenn

verfügten die Einrichtung von Anstalten, die Verarmten - meist Arbeitslosen - Nahrung und Unterschlupf boten. Malthus meinte, solche staatliche Armenhilfe, aus falsch verstandener Philanthropie entstanden. Würde die Gesellschaft nur noch tief er ins Elend stürzen. Sie bekämpfe nur die Symptome und nicht die Ursachen.

Zum einen müsse Armenhilfe zum naturwidrigen und gefährlichen Glauben in den "unteren" Klassen führen, sie hätten ein Recht auf Wohlfahrt (und damit auf Leben); damit ginge ihnen jeder Arbeitsanreiz und das Bestreben/ ihre läge zu verändern) verloren. Und zum anderen bezwecke diese Unterstützung genau das, was sie verhindern sollte und wollte: Sie schaffe die Bedingungen für ein weiteres Anwachsen der Bevölkerung, da dann Armut kein natürliches Hindernis mehr dafür bilde. Nach dem Bevölkerungsgesetz müsse es dann zu noch größerer Armut kommen.

Dagegen glaubte Malthus, daß die Armut nur gelindert (nicht beseitigt, denn es handelt sich ja um ein Naturgesetz!) werden könnte, wenn "die aus dem Bevölkerungsgesetz hervorgehenden Wahrheiten" 37) in den verarmten Bevölkerungsteilen populär gemacht werden würden. Ein "umfassendes nationales Erziehungssystem" 38) sollte die Arbeiter dazu anhalten, Familiengründungen nur noch von deren Erhaltungsmöglichkeit, also von ihrem Verdienst, abhängig zu machen. Die Einsicht in die Naturnotwendigkeit der Armut - so glaubte Malthus- würde zudem "die unteren Klassen als Partei friedlicher und fügsamer werden" lassen. Die Verarmten könnten dann die Not "geduldiger ertragen" und wären dankbarer gegen Hilfeleistungen. 38)

Die Angst vor einer Revolution der Besitzlosen spielte in Malthus Vorschlägen ebenso eine Rolle wie die Befürchtungen des viktorianischen Moralapostels, der den "lasterhaften Geschlechtsverkehr" durch "sittliche Enthaltensamkeit" bekämpfen wollte. Darüberhinaus schien Malthus Angst vor einer Bevölkerungsexplosion gehabt zu haben, die England um die Früchte seiner Industrialisierung bringen würde. Trotz seiner Versuche/die Lage der verarmten lassen zu verbessern, blieb am Ende seine Grundannahme bestehen, wonach der Klassenantagonismus zwischen Besitzer- und Arbeiterklasse, der er die historische Rolle der verelendeten Klasse zuwies, grundsätzlich- da naturgesetzlich fixiert - nicht aufhebbar, sondern lediglich korrigierbar sei.

### c) Adam Smith (1723-1790)

Einer der Wegbereiter des Utilitarismus (Bentham, Ricardo und Malthus) war der "große Schotte" Adam Smith. Sein Hauptwerk "Untersuchungen zu Natur und Ursachen des Wohlstands der Nationen" (engl. Originaltitel : "An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations"), das 1776 in London erschien, wurde zur "Bibel des wissenschaftlichen Wirtschaftsliberalismus" (Zycha).

Smith beschäftigt sich in den Anfangskapiteln des ersten Buches mit der Natur des Menschen. Dort definiert er den Menschen als ein von Natur aus tauschendes und handeltreibendes Wesen. Diese "natürliche Neigung des Menschen, zu handeln und Dinge gegeneinander auszutauschen" 39) sei nicht von rationalen Einsichten, sondern stets vom Eigeninteresse der Vertragspartner (der Tauschenden) bestimmt. Somit sei es das Ziel jedes Menschen, da er im Gegensatz zum Tier nicht autark leben könne und auf andere Menschen angewiesen sei, die für die Befriedigung seiner Bedürfnisse einen Vorteil zu erwirken. Das

seinen eigenen Vorteil im Auge haben, so würde "er von einer unsichtbaren Hand (invisible hand) geleitet, um einen Zweck (das Allgemeinwohl nämlich) zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat" 41) . Die konkurrierenden Interessen der Individuen heben sich für Smith im Prinzip einer transzendenten Ordnung auf. Unter der göttlichen Ordnung werde das egoistische Handeln des einzelnen zum Mittel für das Wohl der gesamten Menschheit. Diese von Smith "spekulativ abgeleitete Harmonie der Interessen" (Walther) betrachtete er als eine prästabilisierte Ordnung.

Das Smithsche System ging also von zwei Grundannahmen aus: Auf der einen Seite der "absichtslose Individualismus" (Brembach), das Handeln des Menschen aus Eigenliebe. Auf der anderen Seite die göttliche Ordnung der prästabilisierten Harmonie aller Einzelinteressen.

Das von Smith induktiv und empirisch entwickelte Prinzip der Eigenliebe des Menschen (*selfishness*), zum Naturgesetz menschlichen Handelns erhoben, steht dem spekulativen Harmonieprinzip gegenüber. Von daher erscheint es nicht gerechtfertigt, in Smith einen Verfechter eines radikalen Individualismus zu sehen. 42) Sein Individualismus war sehr am Laissez-faire-Begriff des Physiokratismus orientiert. Dieser betonte die Selbstheilungskraft jeden freien Systems. 43) Smith sah privaten und öffentlichen Wohlstand stets als Einheit. Individuelles Handeln betrachtete er immer im Hinblick auf dessen Wirkung auf das Wohl der Gemeinschaft. Der Wille der historischen Subjekte, ihre Lage zu verbessern, ergab für Smith den zivilisatorischen Fortschritt. Harmonie der Interessen bestand für ihn im gerechten Ausgleich der Glücksgüter. Absolute Voraussetzung dieses Ausgleichsprinzips sei die Freiheit der Konkurrenz: Nur im "natürlichen System der Freiheit" (Smith) könne sich der harmonische Ausgleich der Interessen und Güter einstellen. Zur Veranschaulichung dieser Theorie sei ein Auszug aus dem Wohlstand der Nationen zitiert. Smith spricht hier über die Verteilung der Arbeit:

"Gäbe es in einem Gebiet irgendeinen Erwerbszweig, der offenkundig mehr oder weniger Vorteile bringt als die übrigen, würden im ersten Falle so viele Leute in diesen Zweig hineindrängen und im zweiten so viele ihn verlassen, daß seine Vorteile bald wieder ausgeglichen sein würden wie in der übrigen Wirtschaft. Zumindest würde dies dort eintreten, wo uneingeschränkte Freiheit herrscht." 44)

Natürliche Freiheit herrsche dort, wo weder Begünstigungen noch Beschränkungen vorhanden wären. Das "System der natürlichen Freiheit" führe genauso naturgesetzlich zu einem gerechten, ausgeglichenen Wohlstand, wie Wasser sich stets am tiefsten Punkt ansammle. Entscheidend an diesem System ist die nicht eingestandene Differenz von Mittel (Freiheit) und Ziel (Gleichheit). Die Freiheit individuellen Handelns sollte - als Postulat formuliert - erst in einem zweiten Schritt bestehende Ungleichheiten aufheben. Momentane Ungleichheiten würden in Kauf genommen.

An zwei Beispielen sei nun noch dieses Ausgleichsprinzip Smiths demonstriert:

- 1.) Der Arbeitslohn und sein Verhältnis zum Nationalwohlstand
- 2.) Die Aufgaben des Staates

zu 1.) In der Lohntheorie Smiths stellte sich der Lohn als Rest vom Ertrag der Arbeit dar - der Rest, der nach Abzug der Produktionskosten und des Unternehmergewinns übrigbleibt. Die Lohnhöhe lege der freie Lohnkampf zwischen Arbeiter und Kapitalist fest. Rechtliche Privilegien der Unternehmer (England verbot Assoziationen der Arbeiter zur damaligen Zeit) und die materielle Unterlegenheit (damals gab es noch keine Streikkassen)

regele das Bevölkerungswachstum. Letzteres entwickle sich aber gleichzeitig in Abhängigkeit vom Lohn. Smith sah, daß die "natürlichen" Ausgleichsmechanismen, die Lohnhöhe und Bevölkerungszahl regeln, auf Kosten der arbeitenden Schichten ging:

"In einer zivilisierten Gesellschaft kann indes die Knappheit der Lebensmittel nur in den unteren Schichten Schranken setzen." 47)

Doch Smith nahm dies in Kauf gegenüber dem zivilisatorischen "Fortschritt", sich mit der Erwägung tröstend, dass der natürliche Lauf der Dinge, ließe man ihm nur Freiheit, immer für einen Ausgleich sorgen werde. Trotzdem wies er darauf hin, daß allgemeiner Wohlstand nur bei "reichlichen Löhnen" herrschen könne. Denn zum einen seien hohe Löhne ein objektives Indiz für eine prosperierende Wirtschaft. Zum anderen sei es moralisch nicht gerechtfertigt, von nationalem Wohlstand, zu sprechen, wenn die Masse der arbeitenden Bevölkerung, die "alle ernähren, kleiden und mit Wohnung versorgen ... sich selbst (nicht) richtig ernähren, ordentlich kleiden und anständig wohnen können" 48). Gerade in diesem Punkt kollidierte Smiths spekulatives Ausgleichsprinzip mit der sozialen Realität seiner Zeit.

zu 2.) Neben der Landesverteidigung wies Smith dem Staat die Aufgaben des Justiz- und Bildungswesens zu. Oberstes Ziel staatlichen Handelns müsse die Sicherheit der Gemeinschaft sein. Die Rechtfertigung für jede Staatlichkeit war Smith der Grundsatz: "Äußere Sicherheit ist besser als Wohlstand" 49) (*power is better than wealth*).

Nach Smiths Staatstheorie muß der Staat die äußeren Bedingungen für ein freies Spiel der Kräfte schaffen. So sei von jeher die Rechtssprechung mit der Funktion betraut, die Ordnung des Privateigentums aufrechtzuerhalten:

"Namentlich die Wohlhabenden sind verständlicherweise daran interessiert, eine solche Ordnung zu unterstützen, da allein sie ihnen alle ihre Vorteile garantieren kann. Auch Leute mit kleinerem Vermögen finden sich bereit dieses Eigentum mitzuschützen, wobei sie hoffen, die Reichen würden sich mit ihnen zusammentun, wenn es darum geht, auch den Kleinbesitz zu verteidigen. ... Wird also eine Regierungsgewalt zu dem Zwecke eingerichtet, das Eigentum zu sichern, so heißt das in Wirklichkeit nichts anderes als die Besitzenden gegen die Übergriffe der Besitzlosen zu schützen." 50)

Die Herrschaft der Privateigentümer begründete Smith mit einem Naturgesetz:

"Geburt und Vermögen sind offensichtlich die beiden entscheidenden Umstände, die einen Menschen über den anderen erheben. Sie bilden die Grundlage für persönliche Unterscheidung und sind daher die Hauptursachen, warum Autorität und Unterordnung unter Menschen von selbst entstehen... So verleihen Geburt und Vermögen ganz selbstverständlich eine Art richterliche Gewalt." 51)

Im Bildungswesen kennt das Smithsche System verschiedene Aufgaben des Staates. Sozialpolitisch relevant sind die Bildungsinstitutionen für die Jugend und "Menschen jeden Alters". Smith war der Ansicht, Bildung sollte vom Staat organisiert werden. Die Bildungseinrichtungen sollten hauptsächlich den ärmeren und arbeitenden Schichten zugute kommen. Das durch die zunehmende industrielle Arbeitsteilung entstandene monotone Berufsdasein der Arbeiter "ersticke jeden Unternehmungsgeist". Dem sollten in Zukunft Institutionen, die die Allgemeinbildung der Arbeiter fördern sollten, vorbeugen.

Hinter diesem humanitären Gedanken stand für Smith die Idee der staatlichen Sicherheit. So

## 2.) Soziale Vorstellungen deutscher Nationalökonomien

Die Smith-Rezeption in Deutschland sah in Smith den geistigen Vater der Handels- und Gewerbefreiheit 53) . Immer wieder brachte man sein System mit dem Manchesterliberalismus in Verbindung. Pauperismus und Kapitalanhäufung in den Händen weniger Kapitalisten, die Erscheinungsformen des Manchestertums, bewogen viele Nationalökonomien, das Prinzip der freien Konkurrenz einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Den nationalen Wohlstand Deutschlands im Auge versuchte man, das "Smithianistische" Laissez-faire zu korrigieren, ohne dabei die Grundsätze wirtschaftsliberalen Handelns fallenzulassen. Die "Systeme einer freien, geregelten Wirtschaft" eines Schön, Schütz oder Bülow beantworteten Laissez-faire vor dem Erfahrungshorizont der englischen Entwicklung wesentlich pragmatischer. 54)

### a) Karl-Heinrich Rau (1792-1870)

Im Jahre 1828 schrieb der bekannte deutsche Nationalökonom:

„Es muß also die Selbständigkeit und Selbsttätigkeit der Einzelwirtschaften ungestört bleiben.“ 55)

Der Wettelfer "der einzelnen, ihr Vermögen zu erhalten, zu vermehren", komme "zugleich der Gesellschaft zustatten, ja nicht selten hat diese von seinem Erfolg noch mehr Nutzen als die einzelnen, von denen er herrührt" 56) . Trotzdem müsse der Staat in "das System einer unbeschränkten Erwerbsfreiheit" auch eingreifen, wenn "die Verfolgung des Privatvorteils zu gemeinschädlichen Folgen" 57) führe.

Solche Eingriffe sollten "öfter helfen als zwingen" 58) , dürften nur nach Gesetzen und nur dann vorgenommen werden, wenn der volkswirtschaftliche Vorteil außer Zweifel stehe. An der Auffassung Raus läßt sich ansatzweise erkennen, dass der Smithsche Optimismus des Ausgleichs in einem "natürlichen System der Freiheit" einer pragmatischeren Betrachtungsweise Platz gemacht hatte. Von den Konzepten individualistisch verstandener Freiheit und Gerechtigkeit abrückend, räumte man jetzt dem Staat mehr Bedeutung ein.

### b) Johann Heinrich von Thünen (1783-1850)

1842 fragte Thünen mit ähnlich kritischem Blick:

"Ist der geringe Lohn, den die gewöhnlichen Handwerker fast überall erhalten, ein naturgemäßer, oder ist dieser durch Usurpation, der sich die Arbeiter nicht wieder entziehen können, entstanden." 59)

Den Grund für die niedrigen Löhne sah er zum einen darin, dass "Kapitalisten und Grundbesitzer von dem Erzeugnis, das die Arbeiter hervorbringen, sich einen großen Teil zueignen" 60). Am meisten verantwortlich machte er jedoch das mangelhafte Schulwesen: Das zahlenmäßige Anwachsen der armen Schichten führte er auf "ihren Volkscharakter" zurück, an dessen „Zügellosigkeit“ die mangelhafte Schulbildung schuld sei.

c) Friedrich List ( 1789-1846)

Prägend für die deutsche Nationalökonomie der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die Theorien Friedrich Lists. Mit seinem Hauptwerk "Das nationale System der Politischen Ökonomie", das 1841 erschien und ein enormes Publikumsinteresse erfuhr, schwang sich der Staatswissenschaftler zum großen deutschen Widersacher Smiths auf. Sein System brach vor allem mit zwei zentralen "Smithianistischen Prinzipien: Der übergreifenden Harmonie der Interessen und der Ausgewogenheit der Gewerbe.

List gab dagegen dem Nationsbegriff eine wahrhaft metaphysische Bedeutung, indem er ihn zum menschlichen Lebensprinzip schlechthin erhob. Das Nationale war für List Bestimmung und Wesen aller Menschen. "Zwischen dem Individuum und der Menschheit steht aber die Nation. ..Durch tausend Bande des Geistes und der Interessen vereinigt" sei die Nation " durch eigene Kräfte und Mittel" dazu in der Lage, Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu behaupten". 62)

Lists Nationsbegriff, zum Seinskriterium von Ökonomie erhoben, schlug Individualität wie Allgemeinmenschliches gleichermaßen. Zusammen damit propagierte List eine forsche Industrialisierung. "Eine Nation, die bloß Agrikultur treibt, ist ein Individuum, dem in seiner nationalen Produktion ein Arm fehlt" 63) , verkündete er in einer 1843 veröffentlichten Schrift. Eine blühende durch Schutzzölle gesicherte "Maschinenfabrikation" erschien List "als einer der Hauptträger und Beförderer der geistigen Kultur einer Nation" 64) . Allein die Maschinen könnten wegen ihrer unermeßlichen Produktivität den Fortschritt der Nation sichern.

Im Ton dieses Fortschrittsoptimismus ist auch ein Aufsatz mit dem Titel "Wir wollen keine Fabriken" gehalten. Dort entgegnete List allen Mahnern, die auf die sozialen Mißstände des englischen Industrialismus hingewiesen hatten:

"Männer von Geist und Gelehrte von praktischem Verstand vergleichen das Elend, das jetzt unter den Klassen herrscht, mit dem Elend, das in früheren Zeiten unter den Menschen geherrscht hat. ..und wenn sie ein Fazit finden", so wäre es eines, "das immer noch mächtig zugunsten der Neuzeit spricht". Für die Errichtung eines Fabriksystems müsse der Pauperismus in Kauf genommen werden. Schließlich handele es sich bei der Industrie um etwas, was "die Macht und Existenz der Nation verbürge". Leute, die eine mäßigere Industrialisierung forderten, bezeichnete List wegen ihres humanitären Einschlags als "sentimentale Belletristen" und "Philanthropisten". 65) Die sozialen Mißstände sollten nicht abschrecken, man sollte den eingeschlagenen Weg konsequenter Industrialisierung der "deutschen Nation" unbeirrbar weitergehen und dabei die Übel bekämpfen.

Darüber hinaus schloß List sich der damals weit verbreiteten- -in nationalem Eigendünkel verschlossenen - Meinung an, dass das "Fabrikelend" ein spezifisch englisches Problem sei, das in dieser Form in Deutschland niemals vorkommen könne. Dort hätten die Arbeiter sich infolge des raschen wirtschaftlichen Aufschwungs an ein „Wohlleben" gewöhnt, von dem sie in der folgenden Krisenzeit Abstriche hätten machen müssen. Die Konzentrierung der Kapitale in den Händen weniger Reicher verglich er mit der Geschichte vom babylonischen Turm, an dessen Zerstörung das hybride Verhalten einiger Weniger schuld gewesen sei. 66)

So meinte in einem Aufsatz über die Webernot in Schlesien, die Lage des Proletariats betreffend:

"Die Ursachen derselben sind in beiden Ländern (Deutschland und England) von Grund aus verschieden." 67)

## **II. Die sozialen und sozialpolitischen Anschauungen der Rheinischen Frühliberalen**

### 1.) Der Rheinische Frühliberalismus

Kennzeichnend für die Entwicklung des Rheinischen Frühliberalismus (1800-1843) sind zwei Phasen 69):

Die erste Phase (1800 bis etwa 1830) war geprägt von einer Liberalisierung des öffentlichen Lebens von oben. Im Gefolge der napoleonischen Herrschaft am Rhein (Rheinbund) kam dabei der Etablierung des französischen bürgerlichen Rechts durch die Einführung des Code civil eine entscheidende Bedeutung zu. Das Recht des Code Napoleon ersetzte "die feudale Privilegiengesellschaft durch eine bürgerlich-liberale Eigentümergeellschaft" 70). Träger dieser Liberalisierungstendenzen waren neben Verwaltungsbeamten und Professoren vor allem die Juristen. Ihren Höhepunkt fand diese erste Phase in der Zeit nach 1815, als das bürgerlich rheinische Recht gegen das noch feudale Preußische Landrecht von 1790 verteidigt wurde. 71)

Die zweite Phase fiel mit den Anfängen der zweiten Industriellen Revolution in der preußischen Rheinprovinz zusammen. Die Industrialisierung begann im Rheinland sehr früh anfang der dreißiger Jahre, nicht allein wegen der günstigen Rechtsgrundlagen (siehe oben), sondern auch aufgrund der günstigen geoökonomischen Lage 72). Nicht vergessen werden darf dabei auch die günstige Wirkung der Napoleonischen Kontinentalsperre. Trägerschicht bei diesem zweiten liberalen Schub war das Handels- und Industriekapital, das sich vor allem in der preußischen Rheinprovinz politische Bedeutung erkämpfte. Liberale Politik beschränkte sich zunächst auf die kommunale Ebene durch Mitwirkung der Liberalen in Gemeinderäten und Handelskammern. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Anschauungen dieser klassenbewußten, ökonomisch emanzipierten und nach politischer Emanzipation strebenden Bourgeoisie entstanden und entfalteten sich im Rahmen des nationalökonomischen Diskurses der Epoche. Ohne eigenes theoretisches Fundament blieb ihr Ziel die praktische Sicherung der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsordnung. In diesem Rahmen allein sollte sich Freiheit realisieren.

### 2.) Zu den Persönlichkeiten

Diese Untersuchung will drei Persönlichkeiten des Rheinischen Frühliberalismus – David Hansemann, Ludolf Camphausen und Gustav von Mevissen - herausgreifen und ihr Werk und Wirken näher beleuchten. Die Auswahl rechtfertigt sich zum einen dadurch, dass sie eine sehr breites Spektrum frühliberaler Anschauungen abdecken, zum zweiten durch eine sehr gute Quellenlage und zum dritten durch ihren sehr hohen Bekanntheitsgrad zu Lebzeiten.

#### David Hansemann (1790-1864):

David Hansemanns 73) persönliche Entwicklung entsprach dem Idealtypus einer bürgerlichen Karriere. Sein Aufstieg vom in ärmlichen Verhältnissen aufwachsenden Pfarrerssohn zum angesehenen Aachener Großkaufmann erhielt ideologische Aussagekraft in einer Zeit, deren Menschen, wenigstens wenn sie bürgerlicher Herkunft waren, der

Staatsbank und Preußischer Finanzminister waren ihm ebenso selbstverständlich miteinander vereinbar wie seine kommunalpolitischen Posten. Er betrachtete sie als natürlichen Ausdruck seiner wirtschaftlichen Potenz. 74)

#### Ludolf Camphausen (1803-1890):

Auch die Karriere Ludolf Camphausens 74) war steil. Nach der Übernahme des elterlichen öl- und Tabakgeschäfts in Hünshoven bei Aachen, zog es den bildungsbeflissenen Camphausen schon bald nach Köln, wo er erst in den Gemeinderat und wenig später in die Kölner Handelskammer gewählt wurde.

An der Gründung der *Rheinischen Zeitung* beteiligt, schied er bald aus dessen Kreis aus., da er die demokratische und sozialistische "Radikalisierung" des Blattes ablehnte.

Sein Hauptaugenmerk galt der Eisenbahnfrage. Als einer der ersten rheinischen Kapitalisten vom "Eisenbahnfieber" erfaßt, das Friedrich List mit seiner Schrift "Über ein sächsisches Eisenbahnsystem" 1833 auslöste, war er Initiator und Motor der Eisenbahnstrecke Köln-Antwerpen.

1843 zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt, trat er nach den Märzunruhen desselben Jahres zurück und zog sich, wie so viele Frühliberale der Zeit, aus dem politischen Leben zurück.

In der Arbeiterschaft war weder die Person noch die Politik Camphausens beliebt. Dort hielt man ihn für ein "Rindvieh mit Eichenlaub" 75) , dessen Politik allein den Zweck haben könne, die Machtposition des "industriellen Adels zu sichern." 76

#### Gustav von Mevissen (1815-1899):

Gustav von Mevissen gehörte der zweiten Generation der rheinischen Liberalen an. In mäßigem Wohlstand aufwachsend wurde er zunächst Großhändler, später Miteigener mehrerer Fabriken, Banken und Versicherungen.

Seine autodidaktischen Studien auf den Gebieten der Philosophie, Literatur und Geschichte trugen ihm den Ruf eines philosophischen Liberalen ein. Mevissen verstand es, seine Interessen sehr selbstbewußt und mit großem Machtinstinkt durchzusetzen. Die Biographin Padtberg charakterisiert seine Persönlichkeit mit den Worten: "Er scheint doch eher Machtpolitiker und weniger Humanist und Philosoph gewesen zu sein." 78)

Allen drei "Führern" des Rheinischen Frühliberalismus gemeinsam war ihre Flexibilität in Verfassungsfragen. Sich ihrer "Schwerkraft" (Hansemann) im Staate bewußt verfolgten sie Verfassungsmodelle, die sich nicht an spekulativen Idealen, sondern an den Interessen des kaufmännisch-industriellen Mittelstands und der politischen Realität der Zeit orientierter Alle drei Anhänger der Idee des Erbkaisertums mit nationaler Ausrichtung, forderten sie eine konstitutionelle Monarchie für Preußen. Ihr Eintreten für Verfassungen hatte jedoch nie politischen Grundsatzcharakter.

"Dieser allgemeine Stand hat die allgemeinen Interessen des gesellschaftlichen Zustandes zu seinem Geschäft; der direkten Arbeit für die Bedürfnisse muß er daher entweder durch Privatvermögen oder dadurch enthoben sein, daß er vom Staat, der seine Tätigkeit in Anspruch nimmt, schadlos gehalten wird, so daß das Privatinteresse in seiner Arbeit für das Allgemeine seine Befriedigung findet." 79)

Auf das Rechtsgut der Freiheit bezogen hieß das, daß "die Allgemeinheit der Freiheit" im "System der Bedürfnisse", also im Berufsleben, abstrakt als "Recht des Eigentums" und "in seiner geltenden Wirklichkeit" als Schutz des Eigentums durch die Rechtspflege" fungiere. 80) Das allgemeine Interesse objektiviere sich in Staat und Gesetz über deren Institutionen das Interesse des Privateigentümers und das allgemeine Interesse des Eigentumsschutzes vernünftig vermittelt seien. Hegels Theorien identifizierten den Menschen als Privateigentümer. 81)

Vor diesem Hintergrund bildeten sich die Vorstellungen der Rheinischen Liberalen. Freiheit realisierte sich für sie durch Besitz als deren materieller und Bildung als deren geistiger Grundlage. Besitz und Bildung galten als "Zulassungskriterien" (Habermas) zur bürgerlichen Öffentlichkeit und damit als Voraussetzungen für politischen Einfluß 82). Als soziologische Gruppenmerkmale charakterisieren die Liberalen "weithin den gleichen Personenkreis" 83), wie Habermas richtig feststellt. So sahen sich die rheinischen Liberalen denn auch stets als Einheit.

So leitete Hansemann aus der Herrschaft der Vermögenden das Herrschen von "Vernunft und Fähigkeit" ab. Sittlichkeit als das Prinzip der praktischen Vernunft und Besitztum waren für ihn "die stärksten Grundlagen der Freiheit". 84) Charakteristisch für den neuen bürgerlichen Freiheitsbegriff war jedoch die Betonung der befreienden Wirkung von Besitz. So sprach Mevissen von einer "Anzahl durch Besitz Freier, unabhängig Lebender" 85) oder von einem "aus ruhigem Besitz hervorgehenden Geist der Freiheit" 86). Dies entsprach dem pragmatischen Vernunftbegriff der aufgeklärten Mittelklasse. Rationalisierung des öffentlichen Lebens (Verwaltungsreformen, Pressewesen) und technisch-ökonomischer Fortschritt gingen dabei Hand in Hand. Ratio als der durch gebildete Vernünftigkeit freier Wille wurde mehr und mehr abgelöst vom Kalkül einer auf materiellen Interessen ausgerichteten Rationalität. Diese "nüchterne" (Mevissen) Zweckrationalität zielte auf eine Selbständigkeit der Individuen durch Vermögen. Freie Entfaltung der Person könne sich eben nur auf dem Boden ausreichender Wohlhabenheit realisieren.

Mevissen meinte, es sollte das zivilisatorische Ziel jedes Staates sein, "möglichst viele vollkommen unabhängige, den geistigen Interessen sei es ausschließlich, sei es in Verbindung mit materiellen Interessen zugewandte Männer in seiner Mitte zu besitzen" 87). Fernziel war also eine Welt, in der der einzelne sich nicht mehr um die materielle Versorgung zu kümmern brauchte.

Mevissen:

Während in den obengenannten Punkten eine relativ große Übereinstimmung unter den Rheinischen Frühliberalen herrschte, differierten ihre Meinungen in der Frage der staatsbürgerlichen Gleichheit. Mevissens Denken war der Gleichheitsidee sehr verpflichtet. Die Rechtsgleichheit der Gesetze bestand für ihn jedoch derzeit nur abstrakt und formal. Dies sollte geändert werden:

"An der Gegenwart ist es, die Idee der Gleichheit, für die die Freiheit nichts ist, als ein - Kampf der aufs Vorrecht gestützten Einzelfreiheit Weniger mit der rechtlosen Unfreiheit

in diesem Zusammenhang nicht die jedem Menschen eigene 'Vernunftanlage, sondern die allgemeine Bildung, "der allgemeinste Begriff des sämtlichen zu einer gegebenen Zeit errungenen Gehalts des Geistes" 90). Damit würde den gebildeten Schichten eines jeden Landes die historische Aufgabe zukommen, die herrschenden Ungleichheiten zu beseitigen.

Mevissen sah aber, daß der Gleichheit der Freiheit auch materielle und gesellschaftliche Hindernisse in Form von Gesetz und Besitz entgegenstünden. Mehr als Hansemann und Camphausen erkannte er die Tendenz der Freiheit zur Privilegierung. 91)

Trotzdem hielt er an der Auffassung fest, wonach die besitzende und gebildete Mittelklasse das Maß der Gesellschaft bilden sollte. Diese zeichne sich dadurch aus, daß "sie mit einem Fuß im Reich des Bedürfnisses, mit dem anderen im Reich der Freiheit wurzelt" 92). Allein diese Mittelstellung zwischen Arbeitswelt und dem "Reich des freien Geists" mache sie mehrheitsfähig. Repräsentiert durch das Kapital der Kaufleute und - vor allem - der Industriellen sichere sie den Bestand der Nation und deren Rechtsgüter; "denn da wo die Industrie stark ist, da ist auch politische Kraft und Freiheit" 93). Die mittelständische Wirtschaft fördere den Nationalwohlstand mache die "glückliche Dreiheit der Stände (Bauerh. Kaufleute, Kapitalisten)" (Mevissen) erst möglich. Maßgeblich beteiligt an dieser Klassenharmonie sei aber die Industrie:

"In ihren unteren Gliedern nimmt sie die Hefe des Volkes, in ihren oberen die Blüten des Bauernstandes in sich auf, um diese Elemente, nachdem sie sattam in der Industrie pulsiert, umgestaltet an das festgegliederte Bürgertum oder an freiere und höhere Lebensrichtungen abzugeben." 94)

Hansemann:

Diesen - wenn auch nur tendenziell demokratischen - Ansichten Mevissens standen die oligarchisch anmutenden Betrachtungen Hansemanns gegenüber. Hansemanns gesellschaftspolitischer Grundsatz lautete:

"Die Freiheit sei graduert." 95)

In die gleiche Richtung zielte seine Bemerkung:

".Die Gleichheit über Freiheit ist der Freiheit Tod." 96)

Die Anwendung der Gleichheitsidee auf gesellschaftliche und politische Fragen hielt er nicht nur für "eine Verflachung und Vergemeinerung der Ideen" der Philosophen, sondern auch für geeignet, "die Gefahr des Umsturzes" herbeizuführen. 97) Die Graduierung der .Freiheit sollte in einer Privilegierung der politischen Rechte bestehen. Dazu sollte in erster Linie das Wahlrecht zählen. Eine "Graduierung" der politischen Rechte sollte laut Hansemann deswegen vorgenommen werden, da diese nicht unmittelbare materielle Interessen sichern und befriedigen sollten, sondern dem einzelnen "Aufopferungen für das allgemein Beste" (Hansemann) abverlangen würden. Im Gegensatz zu den allgemeinen, staatsbürgerlichen Rechten, in denen der Gleichheitsgrundsatz durch eine gleiche Besteuerung und die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz seine Geltung haben sollte, dürften diese besonderen Rechte nur einer "im Verhältnis zur Gesamtzahl der Staatsbürger kleinen Anzahl" zugebilligt werden. Dieser Minderheit müsse aber stets "die Kraft der Nation" entsprechen. Diese Kraft lasse sich am politischen Einfluß der Staatsbürger erkennen, der, "ohne in Willkür zu geraten, nur am Umfang der direkten Staatssteuern ermessen" werden könne. 98)

Auf der Grundlage dieses quasi-plutokratischen Systems forderte Hansemann mehr politischen Einfluß für die neue „Schwerkraft“ des Staates, den vermögenden Mittelstand. Nach dem Grundsatz, wonach derjenige, der mehr Geld hat, auch mehr Rechte haben soll, sollte der bereits offensichtliche politische Einfluß von Handel und Industrie auch in die

erklärter Gegner einer Privilegiengesellschaft und der Feudalaristokratie wollte er, daß "Vermögen oder Kenntnisse nicht mehr privilegiertes Eigentum einiger Weniger, sondern Gemeingut einer Menge von Staatsbürgern" 100) werde. Denn nur die Majorität der Staatsbürger könne den politischen Sieg erringen und eine stabile Staatsordnung einsetzen 101) . Die Herrschaft einer Minorität von Vermögendsten versuchte er dabei mit einem recht eigenwilligen Majoritätsbegriff zu rechtfertigen:

"Unter Majorität ist aber niemals gerade diejenige nach Kopffzahl zu verstehen, sondern die eigentliche Kraft der Nation, welche zugleich kein anderes Interesse als dasjenige der Kopffzahl haben soll und sich von dieser dadurch wesentlich unterscheidet, daß sie durch größere Bildung und Einsicht und durch Vermögen größeres Interesse für das Bestehen einer festen, kräftiger, und guten Staatsregierung hat." 102)

Hansemanns Eigendünkel setzte das Interesse der eigenen Klasse mit dem mutmaßlichen Interesse der Majorität gleich. Nicht verwunderlich erscheint dabei die Logik, derzufolge das besitzende und gebildete Bürgertum das größte Interesse am Erhalt einer stabilen, inneren Ordnung habe. Die Herrschaft der Vermögenden und Gebildeten rechtfertigte nichts anderes als ihr Besitz und ihre Bildung selbst.

Camphausen:

Camphausens gesellschaftspolitische Ansichten über die Rolle der bürgerlichen Klasse sind spärlich gesät. Er empfand die rechtliche Ungleichheit der Staatsbürger als natürlich, da sie schon immer bestanden habe. Als ein Mann des Laissez-faire glaubte der erfolgreiche Multiunternehmer, jeder könne es zu etwas bringen, wenn er nur Fleiß und Ausdauer aufbringe.

Resümierend und ergänzend läßt sich über das bürgerliche Selbstverständnis der Rheinischen liberalen feststellen:

1.) Besitz und Bildung galten grundsätzlich nicht als Privilegien (also als nur durch Geburt gegebene, nicht erwerbbar "Rechte"), sondern als Zulassungskriterien zur bürgerlichen Gesellschaft als solcher. Der Ideologie zufolge könnten sie von jedem innerhalb des freiheitlichen Rahmens bürgerlicher Gesetzgebung erlangt werden.

2.) Feudale Rechtsprinzipien (Zunftzwang, Erwerbsprivilegien) wurden als "Hemmschuh" (Hansemann) bürgerlicher Erwerbsmöglichkeiten gesehen. Trotz unterschiedlicher Sichtweisen, wie Freiheit gesellschaftlich zu verwirklichen sei, hing man der Smithianistischen Theorie an, dass berufliche und gewerbliche Mobilität und Freiheit die Voraussetzung für allgemeinen Wohlstand sein mußten.

S. ) Ziel aller Politik sollte es sein, die Mittelklasse durch das Proletariat zu "verjüngen" und den Adel zu "ergänzen" .

4.) Der "Adel der Gesinnung" (Camphausen), also Bildung und "Sittlichkeit" (Hansemann), und Eigentum waren Ausgangs- und Zielpunkt ihrer liberalen Theorien.

5.) Geprägt von der Hegelianischen Geschichtsphilosophie glaubten sie, die Geschichte kulminiere in ihrem Höhepunkt im bürgerlichen, dem allgemeinen, Stand. Das Bewußtsein historischer Avantgardstellung, welche sie durch ihre ökonomische Potenz bewiesen sahen, legitimierte für sie die Forderung "die Macht im Staate" (Hansemann) zu sein.

individuellen Entfaltung. Das staatliche und soziale Leben berühren sich im Gesetz und vermitteln sich über das Gesetz." 103)

Diese Hegelianische Vorstellung der über das Gesetz vermittelten Einheit von Staat und bürgerlichen Gesellschaft "zielt schon auf eine Beseitigung des Staates als eines Herrschaftsinstrumentes überhaupt" 104). Das Interesse des mit dem Menschen schlechthin identifizierten Privateigentümers ist in diesen Theorien dem allgemeinen Interesse gleich, welches eben nichts anderes wolle als Schutz und Freiheit von Eigentum und selbstregulierendem Markt.

Bürgerlicher Staat als Herrschaft macht sich, da er "die Freiheit in formeller Weise als Macht" 105) verkörpere, mit zunehmendem Fortschreiten selbst überflüssig. Herrschaft soll über den Staat nur noch mit dem Ziel der Garantie gesellschaftlicher Freiheit ausgeübt werden.

Wenn Hansemann über den "Gewerbetreibenden" meinte, "im Allgemeinen ist er gleichgültig für die höchsten Interessen des Staates, wenn er nur nicht im Erwerben und in der Behaglichkeit gestört wird" 106), so charakterisierte er das gleichgültige Interesse des Kapitalisten am Staat, der erst dann zum Herrschaftsinstrument avancieren sollte, wenn die eigenen ökonomischen Interessen in Gefahr waren. Hier wird die Schattenseite bürgerlicher Freiheit offengelegt: Die Freiheit Weniger soll gegen die Unfreiheit vieler verteidigt werden.

Diese Tendenz sah Mevissen klarer als Hansemann. Immer wieder wies er darauf hin, daß es nach wie vor rechtliche und materielle Schranken gäbe, die die Freiheit unter Unfreiheit vieler entstehen lasse. Von daher plädierte Mevissen für einen aktiveren Staat, der die bestehenden Ungleichheiten durch gezielte Eingriffe ausgleichen müsse.

#### 4.) Die Beurteilung der Sozialen Frage

Einer der ersten der Rheinischen Liberalen, der sich mit der "sogenannten Sozialen Frage" 107), ein Jargonbegriff der bürgerlichen Öffentlichkeit, gegen den sich **Hansemann** zeitlebens sträubte, beschäftigten, war Hansemann. Bereits seit den 20er des 19. Jhdrt. Jahren hatte er sich mit der immer drückender werdenden Not der "handarbeitenden Klassen" (Hansemann) befaßt. Die Verarmung der "geringeren Volksklassen" (Hansemann), ihren gefährlichen "Geist der Aufregung gegen die gesetzliche Ordnung" 108) und die Demokratisierungstendenzen und demokratischen Strömungen seiner Zeit in einer direkten Linie.

Die infolge des stärker werdenden sozialen Drucks lauter werdenden Forderungen nach politischer Gleichberechtigung auch der verarmten Staatsbürger empfand er als regelrechte Gefahr. So meinte er im Jahre 1840: "Die erste Gefahr ist der Aufstand der geringeren Volksklasse" 109). Die "Verstärkung des demokratischen Elements" beurteilte er als in höchstem Maße staatsgefährdend 110): die Egalisierungstendenzen des staatsbürgerlichen Lebens betrachtete er mit großer Sorge und Skepsis. Dazu gehörten für ihn die Volksbewaffnung, "die allmählich die unteren Volksklassen zum Bewusstsein ihrer Kraft bringt", die Fortschritte in der Lebensmittelproduktion, insbesondere beim "Kartoffelbau", vor allem aber der "Verfall der alten Sitten" und die "Allgemeinheit des Unterrichts" 111).

Biese Punkte verdeutlichen recht gut den sozialdefensiven Bourgeoisestandpunkt Hansemanns, für dessen Bildungsdünkel die "unteren Klassen" am Verfall der politischen und "sittlich-geistigen Ordnung" schuld waren. Mit Proletariern, die für ihn die "geringere" oder "niedere" Volksklasse bildeten, wollte er nicht auf eine Stufe gestellt werden. Sozialpolitik 112) sollte für Hansemann vor allem die "demokratischen Elemente" und den

indifferente- auf alle Besitzlose und Verarmte erstrecken sollte. Unter den "handarbeitenden Klassen", deren "Los" er verbessern wollte, verstand er alle sozial degradierten, Menschen, "deren Broterwerb nur auf den Dienst des Tages angewiesen ist" 113) und "nicht mit Grundbesitz versehene Staatsbürger 114).

Zum anderen betrachtete Hansemann Armut als ein zeitloses Problem der menschlichen Zivilisation. Ganz Malthusianischem Denken (siehe S.8-10) verpflichtet, glaubte er, daß "nach ewigen Naturgesetzen allzeit eine gewisse Anzahl Menschen in elender und notdürftiger Lage sich befinden und als Folge hiervon frühzeitig sterben, als in besserer Lage der Fall gewesen sein würde" 115). Dieses Naturgesetz sei, wie hart es auch einem "weichlichen Philanthropismus" vorkommen möge, eine "Gottesordnung" und "wie jede Gottesordnung weise"; denn – so Hansemann - es sichere "die Dauer des Menschengeschlechts" 116).

Zum dritten zeigen Hansemanns Ansichten über die Entstehung und Ursachen des Arbeiterelends, wie wenig er es als eine Zeiterscheinung mit besonderem Charakter betrachtete. Er erkannte darin noch nicht einmal ein spezifisch sozio-ökonomisches Problem. Zwar erkannte er auch, daß "durch die Fortschritte der Industrie die Teilung der Arbeit zunimmt und eben hierdurch die Industrie immer mehr Ausdehnung erhält - beides Verhältnisse, durch welche die Zahl derjenigen Menschen vermehrt wird, deren Broterwerb nur auf den Verdienst des Tages angewiesen ist" . Der tiefere Grund schien ihm jedoch im "Verfall alter Sitten und Gewohnheiten" 118) zu liegen. Nicht müde wurde Hansemann in seinen Klagen über die "Schlaffheit des religiösen Bandes" 119) und die Auflösung von Fleiß, Sparsamkeit und Ordnungssinn im "niederen Volk". Einen Zusammenhang von Fabrikarbeit und der Verrohung der Proletarier, wie es Smith vor ihm (siehe S. 15) und Engels (in seinem Werk "Die Lage der arbeitenden Klasse in England") nach ihm taten, konnte er nicht entdecken. 120)

Sozialpolitik und Wohltätigkeit sollten aus der sittlich-geistigen Überlegenheit der bürgerlichen Mittelklasse über die "geringere Volksklasse" in erster Linie die "Hebung der Sittlichkeit" (Hansemann) erwirken. Hansemanns, sozialpolitischer Praxis lag der subsidiäre Grundsatz "Hilfe zur Selbsthilfe " zugrunde. Die Hilfe bestand in der Erziehung der Arbeiter zu einem sittlichem "Lebenswandel". Hansemanns Armenhilfe wollte "Ausdauer des Fleißes, der Sparsamkeit und des Ordnungssinnes der unteren Volksklassen" befördern 121). Wie auch der Name des von ihm 1824 gegründeten "Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit" die Richtung wies, die Hansemanns soziale Praxis haben sollte: die Leistungsbereitschaft der Proletarier, vielmehr aller Armen, zu wecken. Fernziel sollte dabei deren finanzielle Unabhängigkeit sein. Im Jahre 1849 schrieb er darüber:

"Das Ziel dieser Maßregel muß sein: Erweckung der Ehrliche, welche sich durch das Bestreben äußert sich und seine Familie ohne Unterstützung zu ernähren und durch Erwerb von Kapital eine von der zeitweiligen Ungunst der Verhältnisse und von dem Wohlwollen der Reichen unabhängige Stellung zu erlangen." 122)

Um dieses Bestreben zu wecken, seien "die Anstalten zu vermehren und zu befördern, in welchen kleine Ersparnisse sicher niedergelegt und durch Gewährung eines reichlichen Zinsfußes zu Kapitalien heranwachsen können" 123). Ziel sollte es sein, "die vorerst noch besitzlose Arbeiterschaft auf dem Wege über die Eigentumsbildung an das Bürgertum heranzuführen, schließlich in ihm aufgehen zu lassen und so das Proletariat aufzuheben" 124), wie Zorn und Adelman treffend feststellen. Hansemann betonte immer wieder das Moment der Freiwilligkeit dieser Unterstützung. Nur die freiwillige Bereitschaft des

der damaligen Wohlfahrtspolitik zugrunde gelegen habe. Für Hanseman ausschlaggebend war die Tatsache, daß die "Privatmildtätigkeit" eine freiwillige und persönliche Handlung darstellte. "Sodann bleibt die Gabe noch immer eine freiwillige" 125), meinte er. "Wenn aber vom Staate, von Korporationen, von Verwaltungen die Unterstützung ausgeht, so wird bei dem Bedürftigen die Meinung erregt, daß er einen rechtlichen Anspruch darauf habe." 126) Genau dieses Anspruchsdenken müßte notwendig der Faulheit und Sorglosigkeit Vorschub leisten und somit "die Sittlichkeit untergraben" (Hanseman). Anstatt Leistungsbereitschaft und die Sorge um die Ernährung der Familie zu wecken, "sind sie [die staatlichen Unterstützungen] nichts anderes als Prämien, die man Untugenden und Torheiten gewährt, nämlich dem Leichtsinne und der Sorglosigkeit, die beim Eingehen einer Heirat nicht auf Unterhaltung und Erziehung der Kinder Rücksicht nehmen" 127). Ebenso wie Malthus beim Kampf gegen die englischen *poor laws* war Hanseman davon fest überzeugt, daß das Elend nur noch vergrößert werde.

Eine Aufgabe billigte er dem Staat in dieser Hinsicht zu: die Sorge um die bloße Existenzerhaltung der Staatsbürger. "Mit alleiniger Ausnahme der durch außerordentliche Notstände herbeigeführten Bedürftigkeit muß durch die Unterstützung öffentlicher Institute nichts mehr gewährt werden, als den Bedürftigen in eine Lage zu versetzen, die in keinem Falle besser, eher noch etwas schlimmer ist, als die Lage der Armen, die sich ohne Unterstützung auf ehrliche Weise durchhelfen." 128) Solche Einrichtungen sollten auch so beschaffen sein, daß "der Bedürftige sie "als das letzte Mittel der Not" betrachten sollte. 129). Die Anstalten müßten ihm so zuwider sein, daß er lieber selbst initiativ werden würde.

In die gleiche Richtung zielte auch ein recht zynischer klingender Vorschlag:

"Wer von öffentlichen Unterstützungen lebt, wer kein Besitztum hat, auch keins erwerben will oder keins erwerben kann ..., dem mögen die bürgerlichen Rechte auch auch weniger zugute kommen, als dem, welcher besitzt, erwirbt und für seine Kinder oder Eltern pflichtgemäß sorgt." 130)

Im Sinne dieser bornierten Klassenhaltung meinte er, ähnliche Maßnahmen müßten "eine Anspornung sein, jene Verhältnisse zu vermeiden". 131)

Zusammenfassend läßt sich über die Vorstellungen Hansemanns zur Sozialen Frage sagen:

- 1.) Hanseman unterschied nicht zwischen Pauperismus als industriekapitalistischem Phänomen und Armut als zeitlosem Problem. Elend gehörte für ihn zu einer weisen "Gottesordnung", die das Bevölkerungswachstum regele.
- 2.): Neben den genannten Motiven seines sozialen Engagements - die Angst vor einer proletarischen Revolution und sein sittlich-christlicher Impetus - darf sein nationalökonomisches Interesse nicht außer Acht gelassen werden 132). Hansemanns zweckrationales Denken wies auf die langfristigen Vorteile für die Nationalwirtschaft hin, die die "Hebung der unteren Volksklassen" (Hanseman) automatisch mit sich brächten. S. ) Fernziel blieb stets, die "unteren Volksklassen" durch etwas Besitz an den Mittelstand zu binden, um damit gegen die noch "tiefer" stehenden gefährlichsten Elemente der Gesellschaft "Schranken" zu setzen.
- 4.) Privater Wohltätigkeit gab Hanseman unbedingten Vorzug vor Staatswohlfahrt. Zwangskassen lehnte er ab, da sie das Prinzip der Freiwilligkeit verletzen.
- 5.) Trotzdem trat Hanseman als Kabinettsmitglied auch für eine staatliche Sozialpolitik ein. Er forderte die Gleichberechtigung im Steuerwesen, die Beseitigung des Trucksystems und eine arbeitsrechtliche Besserstellung der Arbeiter (Arbeitszeitregelungen, Verbot von Kinderarbeit, Assoziationsrecht).

Von: Wolfgang Melchior  
<http://www.wmelchior.com>

"Die Sparkassen sind ein neugeschaffenes, höchst konservatorisches Element im Staatsleben, indem und insofern sie die Regierung zur Schuldnerin der arbeitenden und dienenden Klassen machen, indem sie das Interesse der arbeitenden und dienenden Klassen mit dem Interesse der Regierung auf das innigste verflechten." 133)

Nur so wollte er Sozialpolitik verstanden wissen. Dieser Auffassung lag - ähnlich wie bei Hansemann - die Überlegung zugrunde, daß das Proletariat durch seine Überführung in eine nicht mehr besitzlose Klasse im bürgerlichen Stand aufgehoben werden könnte.

Mehr als Hansemann, bei dem er den "Adel der Gesinnung" vermißte, wies er auf die Bedeutung geistiger Fürsorge hin, welche ihm offenbar allgemein "zu gering veranschlagt" wurde. 134) Die Ursachen des Arbeiterelends schätzte er ähnlich wie Hansemann ein. Zwar sah er in der Armut keine Gottesordnung, hielt sie aber für ein notwendiges, zivilisatorisches Unglück: "Allerdings sind von jeher die Güter und Rechte des Lebens ungleichmäßig verteilt gewesen und sie werden es auch bleiben." 135)

Von daher wandte er sich energisch gegen die politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. Neben einer naturgesetzlichen Ungleichheit gab es für ihn noch andere Ursachen:

"Ich nenne ihnen das Wachstum der Bevölkerung in einem langen Frieden, die Erfindung von Maschinen, die Einführung von Eisenbahnen, die Teilung der Arbeit, die Konzentrierung der Arbeit in der Fabrikindustrie, das wachsende Übergewicht des Kapitals und des Kredit." 136)

"Das Fortschreiten der Industrie sei unaufhaltsam; jedermann freue sich dessen. Niemand beklage es. Aber daß die Fabrikindustrie vorzugsweise dahin führe, die Leiden der arbeitenden Klassen zu stillen, dies würde einer der traurigsten Irrthümer sein." 137)

"Die übermäßige Bereicherung einzelner", die er als "eine notwendige Folge großer Fabriken" ansah, kritisierte Camphausen ebenso wie die "Menschenanhäufungen in den Fabriken". 138) Solche Bemerkungen dürfen jedoch nicht mit einer Kritik am industriekapitalistischen System selbst verwechselt werden. Die Anhäufung von Menschen und Fabriken an einem Ort bejammerte er als ein vermeidbares Übel, zu dem die egoistische Habsucht einzelner einen großen Teil beitrage. Auch forderte Camphausen niemals politische Reformen, sondern lediglich "die Verpflichtung der Besitzenden gegen die Besitzlosen." 139)

Camphausen vertrat "als der individualistischste Typ unter den Vertretern des preußischen Frühliberalismus" 140) eine Position, die sehr viel Eigeninitiative vom Unterstützten verlangte:

"Immer wird ... der Erfolg in Zusammenhang stehen mit dem Grade des Strebens, durch eigene Anstrengung aus dem Stande geistiger und leiblicher Besitzlosigkeit in den Stand der Besitzenden hinübertreten." 141)

Grundsätzlich unterstützte er die Idee Hansemanns einer Selbstbeteiligung der bedürftigen durch Spareinlagen, auch er wollte den Staat an solchen Sparkassen beteiligen. Durch die staatliche Verzinsung, so glaubte er, würde das Staatsbewußtsein der Bedürftigen gefördert. Trotzdem sollte der Privatwohlthätigkeit prinzipiell der Vorzug vor staatlichen Unterstützungsprogrammen gegeben werden. Die Humanität der privaten Wohltäter würde das natürliche Ausgleichsmoment im freien Spiel der gesellschaftlichen Kräfte darstellen.

arbeitenden Klassen zu erhöhten Ansprüchen anzuregen, sie mit ihrem Zustand unzufriedener, zur Arbeit unwilliger zu machen, und statt ihnen die Befriedigung vorhandener Bedürfnisse zu verheißen, neue Bedürfnisse bei ihnen zu erwecken". 144)

Hilfe sollte im Grunde das gesellschaftliche Gefüge nicht verändern. Die Armen sollten die privaten Zuwendungen stets dankbar entgegennehmen.

**Mevissen** betrachtete die Soziale Frage sehr viel theoretischer und damit grundsätzlicher. Jahre älter als Hansemann, wuchs er mit der Industrialisierung im Rheinland auf. Beeinflußt von den Ideen des "Jungen Deutschland", des Franzosen Saint-Simon und Hegels entwickelte er eine liberal-demokratische Position, deren sozialreformerische Züge ihn zum politisch am weitesten links stehenden liberalen der drei Rheinländer macht. Mevissen war den sozialen Prozessen seiner Zeit und ihrer politischen Bedeutung sehr aufgeschlossen. Der Bildungsdünkel Camphausens war ihm ebenso fremd wie die Überzeugung von der moralischen Minderwertigkeit der "geringeren Volksklasse".

Seine sozialen Anschauungen lassen auf ein tieferes Verständnis der Sozialen Frage und des kapitalistischen Systems durchblicken. Als einziger der Rheinischen Liberalen versuchte Mevissen die Verelendung des Proletariats nicht mit dem Hinweis auf die zeitlose Naturgesetzlichkeit der Armut herunterzuspielen. Vielmehr erkannte er darin ein grundlegendes Problem seiner Zeit:

"Durch die Anerkennung, der Tatsache, daß inmitten der Gesellschaft eine von allen Genüssen der Gesellschaft, von dem mit dem Wesen des Menschen übereinstimmenden äußeren Zuständen ausgeschlossene Majorität vorhanden ist, ist es ausgesprochen, daß die heutigen Zustände an einem tiefen organischen Gebrechen leiden, das durch keine Palliativmittel geheilt werden kann." 145)

Dieses Gebrechen stellte sich für Mevissen konkret in der Tatsache dar, "daß die Zahl der Proletarier in allen Staaten der Gegenwart in einer höchst beunruhigenden Progression steigt, daß der Besitz sich mehr und mehr in den Händen weniger konzentriert, denen eine besitz- und rechtlose Klasse feindlich gegenübersteht" 146).

Den Grund dieser tiefen Krise sah Mevissen "einzig in der Inkongruenz der Bildung des Jahrhunderts mit der Sitte, den Lebensformen und Zuständen derselben" 147). Es war also die Rückständigkeit der geistigen Bildung hinter den industrialisierten "Lebensformen" der Gesellschaft, die Mevissen als tiefere Ursache der Verelendung ausmachen konnte.

Somit glaubte er sich einer Meinung mit den Sozialisten, die für ihn "nichts anderes wollen als der jetzigen Kulturstufe, der ins Bewußtsein gedruckenen Bildung, durch entsprechende Institutionen den äußeren Ausdruck zu schaffen" 148). Daß dieser Übereinstimmung tiefere Miß- und Unverständnisse der sozialistischen Weltanschauung zugrunde lagen, beweisen folgende Kritikpunkte, die Mevissen den Sozialisten vorwarf:

- 1.) Die Vernachlässigung des "Geistigen" in der menschlichen Geschichte.
- 2.) Die Forderung der Sozialisten, das Privateigentum aufzuheben
- S.) Ihr Bestreben, "die Macht der Gattung über das Individuum zu setzen". Fortschritte in der Geschichte seien stets von einzelnen initiiert worden. Die "hervorragenden einzelnen" hätten die Revolutionen gemacht und nicht die Massen. 149)
- 4.) Die sozialistischen Entwürfe einer staatlichen, planmäßigen Organisation des gesellschaftlichen Lebens, wo seiner Meinung nach die freie Organisation der momentanen Kulturstufe allein angemessen sei.

hieß das:

Der "verderbliche Einfluß der Privatinteressen sollte nicht mit "staatlichen Maßregeln" beseitigt werden, "jedoch in die Schranken der Vernunft zurückgewiesen werden" 152). Die rechtliche und politische Besserstellung der Arbeiter müßte durchgesetzt werden. Er drang auf eine gesetzliche Regelung des Mindestlohnes und der Arbeitszeit. 1847 verlangte er die Einführung des Assoziationsrechtes für Arbeiter. Der "Allgemeine Hilfs-und Bildungsverein" in Köln, bei dem er mitwirkte, sollte die materielle und geistige Emanzipation des Proletariats verwirklichen.

Um eine Konzentrierung der Industrie an einem Ort zu verhindern, sollte die 'Industrie bers Land" verteilt werden. "Die Industrie muß da hervorgerufen werden, wo der bloße Ackerbau herrscht", 153) forderte er. So zielte seine Kritik der rheinischen Kommunalordnung von 1842 auf die rechtliche Gleichstellung von Stadt und Land, um eine gleichmäßigere Verteilung der Fabriken zu erreichen.

Daß diese Vorschläge, Thesen und Forderungen niemals das kapitalistisch-produzierende Industriesystem in Frage stellten, beweisen folgende Bemerkungen:

"Diese Aussicht ist unerfreulich (gemeinter die Armut), aber bei dem Gange, den die europäische Entwicklung genommen hat, kann dieser Durchgangspunkt voll Elend, voll gänzlicher Verkennung der gemeinschaftlichen Interessen aller, den Völkern schwerlich erspart werden. Das bel wird durch sein Übermaß sein Heilmittel herbeiführen msen."

Das sollte weniger eine Revolution der verelendeten Massen als eine natürliche Selbstheilung des Systems bedeuten. Und einem unbedingten Fortschrittsoptimismus frnend, fragte er:

"Ist das augenblickliche Opfer, was die Gemeinschaft zugunsten einzelner aus ihrer Mitte für eine kurze Zeit bringt, so erheblich, daß es die Vorteile einer dauernd errungenen Industrie aufwiegen könnte." 155)

Die "Segnungen der Industrie" (Mevissen) erhoben das Industrie-System für ihn über jede Kritik. Kurz vor den 48er-nruhen entwarf er Pläne, wonach der Staat ökonomische und soziale Prozesse planmäßig regeln sollte. Diese mehr "staatssozialistischen" Vorschläge verschwanden jedoch genauso schnell wie sie gekommen waren.

**Zusammenfassend** läßt sich über die sozialen Vorstellungen der Rheinischen Frühliberalen sagen: Während Camphausen und Hansemann die Überzeugung vertraten, Armut sei ein Problem vieler sittlich und geistig Verkommener, sah Mevissen in der Fabrikarbeiternot ein strukturelles bel des damaligen ökonomischen Systems. Dem Glauben von der Naturgesetzlichkeit der Armut stellte Mevissen die These von der "Inkongruenz der Bildung gegenüber den Lebensformen" gegenüber. Ihre Vorschläge intendierten nie eine Veränderung der Eigentumsordnung oder gar der kapitalistischen Produktionsform. Fern waren ihnen Pläne einer Beteiligung der Arbeiter am Gewinn.

Eine politische Gefahr sah Hansemann am deutlichsten in der Sozialen Frage. Während Hansemann und Camphausen auf die Freiwilligkeit der Wohltätigkeit drangen, tendierte Mevissen zunehmend zu einem Wohlfahrtsstaat, der den Versicherungszwang der Arbeiter einführen sollte. Armenhuser, als Waisenheime und andere Institutionen, die die unmittelbare Not zu lindern versuchten, betrachteten sie als "Palliative".

## 5.) Die sozialpolitische Praxis

### Der Kölner "Allgemeine Hülf- und Bildungsverein": 156)

Die Geschichte des Vereins zeigt, wie schnell das Thema der Armenhilfe zu einem politisch hochbrisanten Thema avancierte. Der Kölner Verein gründete sich als Ortsverband des Berliner "Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen". Schon auf seiner Gründungsversammlung gerieten Liberale, Demokraten, Sozialisten und Konservative in einen heftigen Streit über den Namen des Vereins. Während Demokraten und Sozialisten wie D' Ester, Jung und Gottschalk, die ihre Absichten nie offen bekannten, für das "Prinzip der Wechselseitigkeit" im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes plädierten, wehrten sich die liberalen und konservativen Mitglieder, darunter auch Camphausen, gegen eine solche Politisierung des Vereins.

Das "Prinzip der Wechselseitigkeit" - im Vereinsnamen mit "Gegenseitiger Hülf- und Bildungsverein" festgehalten – meinte "den gesellschaftlichen Zustand durch alle Mittel zu verbessern, die sich bereits bewährt haben und sich in der Folge noch bewähren werden" (157). Denn die Not sei eine allgemeine. Taktisch geschickt machten Demokraten wie Jung und Compes ihre Auffassung den Liberal-Konservativen schmackhaft, indem sie auf das humanitäre Element der Hilfeleistungen hinwiesen. Camphausen, der sich gegen "eine Verbesserung des politischen Zustandes" verwahrt hatte, konnte so der Feststellung zustimmen, "daß alle Klassen einander bedürften, um die wahre menschliche Bildung zu erlangen" (159)

Doch der erste Statutsentwurf ließ die Bestrebungen der Linken recht offen zu Tage treten. So sollten Einrichtungen gegründet werden, welche es dem besitzlosen Arbeiter möglich machen, den Kampf der Konkurrenz mit der Macht des Kapitals zu bestehen" (160). Man dachte dabei an Kreditkassen, die den Arbeitern Vorschüsse geben sollten, und an Institutionen, die den Arbeiter unabhängiger gegenüber dem Kapitalisten machen sollten. (161)

Die Reaktionen in Regierungskreisen und der liberalen Presse waren sehr besorgt über die politische Tendenz des Vereins. Man war "über die schön menschenfreundliche Idee" des Vereins sehr erfreut, bedauerte und kritisierte jedoch daß "an vielen Orten von vornherein die Sache auf das Feld der Leidenschaften und der politischen Opposition gezogen worden ist" (162). So wurden die Statuten mehrmals geändert und der Verein in "Allgemeinen Hülf- und Bildungsverein für Köln und Deutz" umbenannt. Am 1S. 4.1945 konstituierte sich der Verein, nachdem viele Mitglieder, darunter auch Camphausen, ausgetreten waren. Der Statutenentwurf der konstituierenden Versammlung wurde jedoch genauso wie alle vorigen vom preußischen Innenministerium abgelehnt. In einer Erklärung des Ministeriums hieß es, die Mitglieder hätten einen "radikalen Geist" demonstriert. Das Ministerium verbot alle weiteren Gründungsversuche und Versammlungen der Mitglieder. Damit war die Arbeit des Vereins beendet, bevor sie überhaupt richtig beginnen, konnte.

### Der "Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit":

Hansemann gründete diesen Verein in Verbindung mit der "Aachener Feuerversicherungs-Gesellschaft". Nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten geführt, sollte er aus den Aktiengewinnen der Feuerversicherung und aus Spenden wohlhabender Aachener Bürger finanziert werden.

Hansemanns Ziel war es, "nicht die bereits Hilfsbedürftigen zu unterstützen, sondern durch

niedrigen Arbeiterlöhnen, die in den Krisenzeiten vor 1850 kaum für die Existenzhaltung der Arbeiter und ihrer Familien reichten. Hansemanns Sparkassenprojekt fand von vielen Seiten Anerkennung. Solche und ähnliche Kassenprojekte unternehmerischer Sozialpolitik bildeten die Grundlage für die ab 1850 einsetzende Sozialgesetzgebung.

## SCHLUSS

Der bürgerliche Klassenstandpunkt der Rheinischen Liberalen ist unverkennbar, Laissez-faire als Freiheit ökonomischen Handelns wurde ebensowenig in Frage gestellt wie kapitalistische Produktionsform einer ausbeuterischen Mehrwertproduktion. Man "verschloß" sich einer Sichtweise, die Kapitalakkumulation und proletarische Verelendung als vermittelten Gegensatz erscheinen ließen, obwohl man die Sichtweise Hegels akzeptierte.

Zu pragmatisch war wohl das Denken dieser auf das ökonomischen Kalkül fixierten Rheinischen Liberalen - zu gering wohl auch ihr Einblick in die Lage der arbeitenden Klasse. Camphausen und Hansemann waren beide zeitlebens Großhändler, allein Mevissen besaß Fabriken. So erscheint es auch nicht verwunderlich, daß die grundsätzlichen Gedanken der Feder Mevissens entstammten. Zu groß war wohl auch ihr subjektives, materielles Interesse am Erhalt der bestehenden Ordnung. Diesem Interesse entsprach die objektive Tendenz des Zeitalters. Hand in Hand damit ging die stillschweigende Übernahme der nationalökonomischen Theorien Smiths, Benthams' und Malthus':

- Der Glaube, daß Freiheit notwendig zur Gleichheit führen müsse
- Der Mythos vom aufgeklärten Individuum, dessen Einzelinteresse stets Priorität vor dem Kollektivinteresse haben soll.
- Die Ideologie, daß das, was ist, auch sein soll. Die von Smith und Bentham getroffenen anthropologischen Charakterisierungen wurden von ihnen zu Maximen menschlichen Handelns erhoben. "Die Ideologie wird gespalten in die Photographie des sturen Daseins und die nackte Lüge von seinem Sinn. Zur Demonstration seiner Göttlichkeit wird das Wirkliche immer bloß zynisch wiederholt" 164).

Zu große Bedeutung schrieben die Rheinischen Liberalen den geistigen und moralischen 'Wirkungen des Pauperismus zu. Unter Verkehrung von Ursache und Wirkung glaubten sie, daß Armut eine Folge der verrohten Sitten und des verkümmerten Intellekts der Proletarier sei. Damit setzten sie Armut dem Verdacht sittlich-individueller Schuld aus. Eine Verbindung zwischen liberaler Wohltätigkeit und heutiger Ideologie der Wohlfahrtsstaatlichkeit schlagen Adorno und Horkheimer. "Im Liberalismus galt der Arme für faul, heute wird er automatisch verdächtig." 165) Während liberale Wohltätigkeit dem einzelnen noch eine Aufstiegschance geben wollte, "gehört es heute zur irrationalen Planmäßigkeit dieser Gesellschaft, daß sie nur das Leben ihrer Getreuen einigermaßen reproduziert" 166). Sozialfürsorge und Arbeitslosenunterstützung ordnen den Arbeitslosen genau dort ein, wo er bleiben soll: „Ganz unten“.

Während die unternehmerische Sozialpolitik des Liberalismus Wohlfahrt noch als persönliche Verpflichtung betrachtete, "verwirklicht sich heute eine Art Wohlfahrtsstaat auf höherer Stufenleiter. Um die eigene Position zu behaupten, hält man die Wirtschaft in Gang, in der aufgrund der äußerst gesteigerten Technik die Massen des eigenen Landes dem Prinzip nach als Produzenten schon überflüssig sind. Die Arbeiter, die eigentlichen Ernährer,

Von: Wolfgang Melchior  
<http://www.wmelchior.com>

## **ANHANG**

### **I. Anmerkungen**

### **II. Verzeichnis der verwendeten Quellen**

### **III. Verzeichnis der verwendeter Sekundärliteratur**

## I. Anmerkungen

- 1.) Th. Nipperdev, Deutsche Geschichte 1800-1866: München 1983, S. 286-300 und D. Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 12-15 u. S. 20-34.
- 2.) Dies betont vor allem L. Gall, Liberalismus und „Bürgerliche Gesellschaft“, in: L. Gall (Hg.): Liberalismus, Königstein/Ts. 1980, S. 162-186.
- 3.) Th. Schieder, Die Krise des bürgerlichen Liberalismus, S. 59/60, in: Th. Schieder, Staat; und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, München, 1958, S.58-88.
- 4.) Siehe hierzu R. Koch, "Industriesystem " oder "bürgerliche Gesellschaft", in: GWU 29 (1978) 3, S. 605-628.  
Auf die Gallsche These gestützt, wonach Liberalismus von einer "vorindustriellen und vorrevolutionären Umwelt geprägt" (S. 607/608) sei, meint Koch, der Liberalismus dürfe nicht historisch "funktionalisiert" (S. 607) als theoretische Rechtfertigung des Industriekapitalismus gesehen werden. Im Gegensatz zum utilitaristischen Laissez-faire-Liberalismus des Manchestertyps sei der Liberalismus der dt. Nationalökonomie, der als der eigentliche zu gelten habe, "ethisch-politisch" (S.617) und hätte eine "hohe Elastizität bei der Beantwortung der Frage, wie die bürgerliche Gesellschaft angesichts der Herausforderung" durch das Industriesystem entwickelt und zugleich als ganzes gewahrt werden könne" (S. 617) aufgebracht.
- 5.) Nipperdey, Dt. Geschichte, S. 299.
- 6.) Siehe dazu Schieder, Krise, in: Schieder, Staat und Gesellschaft, S. 58-88. sowie Gall, Liberalismus, Liberalismus, S.162-186.
- 7.) A. Zycha, Die wirtschaftsliberalen Reformen: Grunderwerbsfreiheit, Gewerbe- und Vertragsfreiheit, in: E.-W. Böckenförde (Hg.), Moderne dt. Verfassungsgeschichte, Köln 1972, S. 375-389. Die Zitate sind von den Seiten 375/76.
- 8.) Vgl.. E. Nolte, Marxismus und Industrielle Revolution, Stuttgart 1983, S, 103.
- 9.) W.J. Mommsen, Der deutsche Liberalismus zwischen "klassenloser Bürgergesellschaft" und "Organisiertem Kapitalismus, in: GG 4 (1979), S.77-91.

der politischen Ideen,. München- Zürich, 1986, S. 323-368, Die Zitate sind von den Seiten 323/24.

- 13.) R. Koch schreibt die Äußerung "Laissez faire nous!" französischen Kaufleuten zu, die damit die Frage eines Ministers Ludwigs XV., was die Regierung denn für sie tun könne, beantwortet hätten.
- 14.) R. Koch, "Industriesystem", S.605.
- 15.) J. Bentham, Philosophie, der ökonomischen Wissenschaft,. S.118, in: L. Gall u. R. Koch (Hgg.), Der europäische Liberalismus im 19. Jahrhundert, Bd. 3, Frankfurt 1981, S. 230-278.
- 16.) J. Bentham, Philosophie, S. 250.
- 17.) J. Bentham, Philosophie, S.251.
- 18.) J. Bentham, Philosophie, S. 251.
- 19.) Bentham unterscheidet nicht nur zwischen, verschiedenen Glücksbegriffen je nach Ursprung (moralisch, politisch, religiös, physisch), sondern versucht den Wert einer Freude nach objektiven Parametern - wie Intensität, Dauer, Gewißheit, Nähe, Folgerichtigkeit und Reinheit - zu beurteilen.
- 20.) J. Bentham, Philosophie, S. 236.
- 21.) Der treffende Begriff "Moralarithmetik" stammt von G. Mayer, Die Freihandelslehre in Deutschland, Jena 1927, S. 12.
- 22.) J. Bentham, Philosophie, S. 240.
- 23.) J. Bentham, Philosophie, S. 240.
- 24.) J. Bentham, Philosophie, S. 255.
- 25.) J.Bentham, Ein Handbuch der politischen Ökonomie, S. 136, in: M. Freund (hg. u. eingel.), Liberalismus, Stuttgart 1965, S.136.
- 26.) Ebda.
- 27.) Siehe dazu E. Nolte, Marxismus, S. 109.
- 28.) Siehe dazu U. Brembach,. Liberalismus, S. 329.
- 29.) Th. R. Malthus, Über das Bevölkerungsgesetz, S.279/80, in: L. Gall u. R. Koch, Der europäische Liberalismus im 19. Jh. Frankfurt 1981, S. 279-293.
- 30.) Th. R. Malthus, Über das Bevölkerungsgesetz, S.280.
- 31.) Th. R. Malthus, Über das Bevölkerungsgesetz, S. 281.

- 35.) Th. R. Malthus, Essay, S. 135.
- 36.) Zitiert nach E. Nolte, Marxismus, S. 165.
- 37.) Th. R. Malthus, Über das Bevölkerungsgesetz, S. 290.
- 38.) Th. R. Malthus, Über das Bevölkerungsgesetz, S. 290.
- 39.) A. Smith, Der Wohlstand der Nationen, München 1978, S. 16.
- 40.) A. Smith, Wohlstand der Nationen, S. 17.
- 41.) A. Smith, Wohlstand der Nationen, S. 371.
- 42.) Dies tat vor allem die Smith-Rezeption des "beginnenden 19. Jh.s. Gegen die interpretatorischen Gleichsetzungen von Laissez-faire-Kapitalismus Manchesterlicher Prägung und dem Smithschen System wenden sich vor allem die Betrachtungen G. Mayers, Die Freihandelslehre in Dtl. Und R. Walthers, Exkurs: Wirtschaftlicher Liberalismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe. So erklären sie den Manchester-Liberalismus aus dem utilitaristischen Individualismus Bentham's (Mayer) oder mit der These, daß dort die Theorien Smiths "vulgarisiert" worden seien (Walter).
- 43.) Seine Stellung zum physiokratischen Laissez-faire Begriff beschreibt er im neunten Kapitel des vierten Buches (Wohlstand der Nationen, S. 570-582).
- 44.) A. Smith, Wohlstand der Nationen, S. 85.
- 45.) A. Smith, Wohlstand der Nationen, S. 59.
- 46.) A. Smith, Wohlstand der Nationen, S. 60.
- 47.) A. Smith, Wohlstand der Nationen, S. 69.
- 48.) A. Smith, Wohlstand der Nationen, S. 68.
- 49.) A. Smith, Wohlstand der Nationen, S. 375.
- 50.) A. Smith, Wohlstand der Nationen, S. 605.
- 51.) A. Smith, Wohlstand der Nationen, S. 604.
- 52.) Vgl. A. Smith, Wohlstand der Nationen, S. 662-668.
- 53.) Siehe dazu M.-E. Vopelius, Die altliberalen Ökonomen, Stuttgart, 1968, Die Schrift gibt einen guten Überblick über die deutsche Nationalökonomie ab 1800, indem sie die zentrale Position Smiths innerhalb des nationalökonomischen Diskurses herausarbeitet.
- 54.) M.E. Vopelius Die altliberalen Ökonomen, 8, 118-124.
- 55.) K.-H. Rau, Grundsätze der Volkswirtschaftspflege, S.27, in L. Gall u. R. Koch (Hgg.),

- 58.) K.-H. Rau Grundsätze, S. 30.
- 59.) J. H. v. Thünen, Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, S. 308, in: L. Gall u. R. Koch (Hgg.) , Liberalismus,. Bd.4, S. 308-319.
- 60.) Vgl. Thünen, Der isolierte Staat, S. 312-316.
- 61.) Nicht zu unterschätzen ist der enorme Einfluß Lists auf die preußische Politik. Eisenhahnpolitik und Wirtschaftspolitik (Zollverein) der preußischen Regierung stützten sich größtenteils auf die Vorstellungen des Staatswissenschaftlers.
- 62.) F. List, Das nationale System der politischen Ökonomie, Berlin 1930, S. 211.
- 63.) F. List, Warum eine Nation für den Verfall ihrer Manufakturen im Ackerbau keinen Ersatz finden kann, S. 299, in: F. List, Die politisch-ökonomische Nationaleinheit der Deutschen, Berlin 1931, S. 299-306.
- 64.) F. List, Schutz der deutschen Leinen- und Baumwollindustrie, S. 330, in: F. List, Die politisch-ökonomische Nationaleinheit der Deutschen, Berlin 1931, S. 318-332.
- 65.) F. List, Wir wollen keine Fabriken, S. 382, in: F. List, Die politisch-ökonomische Nationaleinheit der Deutschen, Berlin 1931, S. 379-381.
- 66.) Vgl. F. List, Die Factorybill, in: Die politisch-ökonomische Nationaleinheit der Deutschen, Berlin 1931, S. 384-397
- 67.) F. List, Die Not in Schlesien und die Handelspolitik des Zollvereins, S. 397, in: F. List, Die politisch-ökonomische Nationaleinheit der Deutschen, Berlin 1931, S. 397-403.
- 68.) Siehe hierzu R. Koch,. "Industriesystem", S. 617/18. Koch stempelt List zum 'Totengräber des politischen Liberalismus' (S. 618), da er durch "die Verdrängung der individualistischen, auf ein mittleres Maß an Wohlstand aller gerichteten und so ethisch legitimierten liberalen Perspektive wirtschaftlichen Handelns" (S. 618) die "entscheidenden Grundlagen der Theorie der bürgerlichen Gesellschaft" angegriffen habe. Sein Nationsbegriff habe genauso wenig Gemeinsamkeit mit dem bürgerlichen Verein liberalen Denkens wie sein Industrialismus mit einer harmonischen Ordnung der Kleinwarenproduzenten.
- 69.) Vgl. E. Fehrenbach,. Rheinischer Liberalismus und gesellschaftliche Verfassung, S. 279, in: Th. Schieder (Hg), Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983, S. 272-294.
- 70.) E. Fehrenbach, Zur sozialen Problematik des rheinischen Rechts S. 198, in: H. Berding u. a, (Hgg.), Vom. Staat des Ancien Regime zum modernen Parteienstaat, München 1978, S.197-212.
- 71.) Vgl. dazu P. Lademacher, Die nördliche Rheinlande 1815-1953, S. 513-518, in: F. Petri u. G. Droese (Hgg.), Rheinische Geschichte in drei Bd.en, Bd. 3, Düsseldorf 1983.
- 72.) Vgl. hiezu H. Kellerherz, Grundzüge der Wirtschaftsgeschichte, in: W. Först (Hg.), Das

gefallen lassen. Wegen ihres reichen Datenmaterials bleibt sie jedoch unentbehrlich.  
David Hansemann 1790-1864-1964, i. A. der Industrie- und Handelskammer Aachen,  
Aachen 1964:

Die ausgewogenste Hansemann-Biographie, deren Einzelaufsätze vor allem das  
politische Leben Hansemanns beleuchten.

- 74.) Vgl. die Biographien von E. Angermann, Ludolf Camphausen, 1803-1890, in:  
Rheinische Lebensbilder, Bd.2, Köln 1966, S. 195-212 und die unkritische von M.  
Schwann, Ludolf Camphausen als Wirtschaftspolitiker (L. Camphausen Bd.1), Essen  
1915, Ebenso die Kurzbiographie bei B.-C. Padtberg, Rheinischer Liberalismus in Köln,  
Phil. Diss., Köln 1985, S.238-240.
- 75.) Zit. n. J. Hansen, (Hg.), Rheinische Briefe und Akten, Bd. II/2, Teil, Köln-Bonn 1976,  
S. 44.
- 76.) Vgl. die Adresse des Kölner Arbeitervereins an Ministerpräsident Ludolf Camphausen  
vom 14.4.1848, in: J. Hansen, Rheinische Briefe und Akten, Bd. II/2, 2. Teil, S. 44/45.
- 77.) Vgl. die Biographie von J. Hansen, Gustav von Mevissen, Ein rheinisches Lebensbild  
1815-1899, Bd.1, Berlin 1906.
- 78.) B.-C. Padtberg, Rheinischer Liberalismus, S. 244
- 79.) G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, Frankfurt a.M., 1986, §205 S.  
357.
- 80.) G.W.F. Hegel, Grundlinien, S. 360.
- 81.) Vgl. hierzu G.W.F. Hegel, Grundlinien, §190 S. 347/48.
- 82.) Vgl. hierzu J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied-Darmstadt 1987,  
S.107-111.
- 83.) J. Habermas, Strukturwandel, S. 108.
- 84.) Vgl. hierzu D. Hansemann, Preußens Lage und Politik am Ende des Jahres 1840, S.  
239, in: J. Hansen, Rheinische Briefe und Akten, Bd.1, Osnabrück 1967, S. 197-268.
- 85.) G.v. Mevissen, Politische und wirtschaftliche Tagesfragen, S. 87, in: J. Hansen (Hg.),  
Mevissen, S.80-87.
- 86.) G.v. Mevissen, Tagesfragen, S. 82.
- 87.) G.v. Mevissen, Tagesfragen, S. 86.
- 88.) G.v. Mevissen, Über den Allgemeinen Hilfs- und Bildungsverein, S. 131, in: J.  
Hansen, Mevissen, S.129-137.
- 89.) G.v. Mevissen, Bildungsverein, S. 132.
- 90.) G.v. Mevissen, Bildungsverein, S. 135.

- 93.) G.v. Mevissen, Tagesfragen, S. 84.
- 94.) G.v. Mevissen, Niederrheinische Flachsspinnerei, S. 45, in: J. Hansen, Mevissen, S. 38-45.
- 95.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1840, S. 239.
- 96.) Zit. n. W. Zorn u, G. Adelman, Hanseemann als Sozialpolitiker,. S. 3, in: David Hanseemann 1790-1864-1964, S.27-44.
- 97.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1840, S. 222.
- 98.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1830, S.53/54, in: J Hansen, Rheinische Briefe und Akten, Bd. 1, S. 11-81.
- 99.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1830, S. 39.
- 100.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1830, S. 22.
- 101.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1830, S. 16.
- 102.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1830, S. 17.
- 103.) G.v. Mevissen, Gedanken über politische und soziale Entwicklung, S. 90.
- 104.) J. Habermas, Strukturwandel, S. 104.
- 105.) G.v. Mevissen, Gedanken über politische und soziale Entwicklung, S. 90.
- 106.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1840, S. 218
- 107.) D. Hanseemann, Verfassungswerk,, zit. n. J. Köster, Der rheinische Frühliberalismus und die Soziale Frage, Berlin 1938, S. 25.
- 108.) D.Hanseeman, Preußens Lage 1830, S. 12.
- 109.) D. Hanseemann, Preußens :Lage 1830, S. 12.
- 110.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1840, S. 221.
- 111.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1840, S. 220/21.
- 112.) Der Begriff Sozialpolitik soll im Folgenden auch die unternehmerische Sozialpolitik einschließen. Vgl. L. Puppke,. Sozialpolitik und soziale Anschauungen frühindustrieller Unternehmer in Rheinland-Westfalen, Köln 1966, S. 68-69.
- 113.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1830, S. 12.
- 114.) D. Hanseemann, Politische Tagesfragen, S. 136, zit. n. J . Köster, Frühliberalismus, S. 26.

- 118.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1840, S. 222.
- 119.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1840, S. 222.
- 120.) Friedrich Engels beschrieb 1848 die Lage der arbeitenden Klasse in England in seinem gleichnamigen Werk auch unter diesem Aspekt.
- 121.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1840, S. 242.
- 122.) D. Hanseemann, Verfassungswerk, zit. n. W. Zorn u. G. Adelman, Hanseemann als Sozialpolitiker, S. 34.
- 123.) D. Hanseemann, Preußens Lage 1840, S. 242.
- 124.) W. Zorn u. G. Adelman, Hanseemann als Sozialpolitiker, S. 34.
- 125.) D. Hanseman, Preußens Lage 1840, S. 240.
- 126.) D. Hanseman, Preußens Lage 1840, S. 241.
- 127.) D. Hanseman, Preußens Lage 1840, S. 241.
- 128.) D. Hanseman, Preußens Lage 1840, S. 242.
- 129.) D. Hanseman, Preußens Lage 1840, S. 242.
- 130.) D. Hanseman, Preußens Lage 1840, S. 242.
- 131.) D. Hanseman, Preußens Lage 1840, S. 243.
- 132.) Vgl. J. Köster, Frühliberalismus, S. 30.
- 133.) L. Camphausen, Bericht der Sparkassenkommission, S. 228, in: M. Schwann (Hg.), Ludolf Camphausen: Denkschriften ... , Essen 1915, (= Schwan II), S. 226-230.
- 134.) L. Camphausen, Bericht der Sparkassenkommission, S. 228.
- 135.) L. Camphausen, zit. n. J. Köster, Frühliberalismus, S. 31.
- 136.) L. Camphausen, zit. n. J. Köster, Frühliberalismus, S. 32
- 137.) L. Camphausen, . Denkschrift über Freihandel und Schutzzoll, S. 275, in: Schwann II, S. 262-285.
- 138.) L. Camphausen, Freihandel und Schutzzoll, S. 276.
- 139.) L. Camphausen, Freihandel und Schutzzoll, S. 276.
- 140.) J. Köster, Frühliberalismus, S. 33.
- 141.) L. Camphausen, Freihandel und Schutzzoll, S. 278.

- 145.) G.v. Mevissen, Bildungsverein, S. 129.
- 146.) Ebda.
- 147.) Ebda.
- 148.) G.v. Mevissen zit. n. J. Hansen, Mevissen, S. 182.
- 149.) Vgl. G.v. Mevissen, Über politische und soziale Entwicklung, S.89.
- 150.) G.v. Mevissen, Bildungsverein, S. 130.
- 151.) G.v. Mevissen, Tagesfragen, S. 84.
- 152.) G.v. Mevissen, Schutzzoll und Freihandel, S. 161, in: J. Hansen (Hg.), Mevissen Bd. 2, S. 137-175.
- 153.) G.v. Mevissen, Tagesfragen, S. 85.
- 154.) G.v. Mevissen, Schutzzoll und Freihandel, S. 152.
- 155.) G.v. Mevissen, Schutzzoll und Freihandel, S. 155.
- 156.) Siehe dazu D. Dowe, Aktion und Organisation, S.69-77.
- 157.) Protokoll der Gründungsversammlung vom 10.11.1844, in: J. Hansen, Rheinische Briefe und Akten, Bd. I., S. 679.
- 158.) In der Gründungssitzung. Siehe J. Hansen, Rheinische Briefe und Akten, Bd. I, S. 680.
- 159.) Eine Äußerung Jungs. Siehe J .Hansen, Rheinische Briefe und Akten, Bd. I, S. 681.
- 160.) Aus dem Statutenentwurf vom 20.11.1844. Siehe J. Hansen, Rheinische Briefe und Akten, Bd. I, S. 691.
- 161.) Vgl. §4g des Statutenentwurfs vom 20.11.1844, J. Hansen, Rheinische Briefe und Akten, Bd. I, S. 691.
- 162.) Aus einem Brief des Regierungspräsidenten Freiherr v. Spiegel an den preußischen Innenminister Graf v. Arnim, in: J. Hansen, Rheinische Briefe und Akten,. Bd. I, S. 733.
- 163.) Aus dem Vereinsstatut, zit. n. J. Köster,. Frühliberalismus, S. 63.
- 164.) M. Horkheimer / Th. W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 156.
- 165.) M. Horkheimer / Th. W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 159
- 166.) M. Horkheimer / Th. W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 158

## II Verzeichnis der verwendeten Quellen:

1.) Die nationalökonomischen Theorien:

**Bentham, Jeremy:** Auszüge aus: Handbuch der Politischen Ökonomie (1798), in: Freund, Michael (hg. u. eingel.), Liberalismus, Stuttgart 1965, S. 136

**Bentham, Jeremy:** Anfangskapitel aus: Zur Philosophie der ökonomischen Wissenschaft, in: Gall, Lothar u. Koch, Rainer (Hgg.), Der europäische Liberalismus im 19. Jh., Texte zu seiner Entwicklung, Bd..3, Frankfurt-Berlin-Wien 1981, S.230-278

**List, Friedrich:** Die englische Kornbill und das deutsche Schutzsystem. in: List, Friedrich, Schriften. Reden, Briefe, hg. i.A. der Friedrich-List-Gesellschaft,. Bd. 5: Aufsätze u. Abhandlungen aus den Jahren 1831-1843, hg. u. ges. v. Artur Sommer u. Otto Stühler, Berlin, 1928, S. 112-121

**List, Friedrich:** Das nationale System der Politischen Ökonomie, Ausg. letzter Hand, hg. v. Artur Sommer,. Berlin 1930, (= Schriften Reden, Briefe, hg. i.A. der Friedrich-List-Gesellschaft, Bd. VI).

**List, Friedrich:** Die politisch-ökonomische Nationaleinheit der Deutschen. Aufsätze aus dem Zollvereinsblatt und andere Schriften der Spätzeit, hg. v. Friedrich Lenz u. Erwin Wiskemann, Berlin 1931 (= Schriften, Reden, Briefe, hg. i.A. der Friedrich-List-Gesellschaft,: Bd. VII)

**Malthus, Thomas Robert:** Auszug aus: Essay über die Bevölkerung (1789), in: Freund, Michael (hg. u. eingel.), Liberalismus, Stuttgart 1965, S. 135

**Malthus, Thomas Robert:** Auszüge aus: An essay on principle of population, as it affects the future improvement of society (London 1798), übers v. V. Dorn eingel. v. H. Waentig, Bd. 1, Jena 1924 in: Gall, Lothar u. Koch, Rainer (Hgg.), Der europäische Liberalismus im 19 Jh., Texte zu seiner Entwicklung, Bd. 3, Frankfurt-Berlin-Wien 1981, S. 279-293

**Mill, John Stuart:** Von den Gründen und Grenzen des Grundsatzes "Laissez-faire" oder der Nichteinmischung des Staates, aus: Grundsätze der politischen Ökonomie, übers. v. W. Gehrig u. eingel. v. H. Waentig, Bd. 2 Jena 1921 S 678-737, in: Gall Lothar u. Koch, Rainer (Hgg.), Der europäische Liberalismus im 19 Jh., Texte zu seiner Entwicklung, Bd. 3, Frankfurt-Berlin-Wien 1981, S. 118-160

Heidelberg 1828 (Druckvorlage: Grundsätze der Volkswirtschaftspolitik, mit anhaltender ..., Heidelberg 1844, S. 1-15) , in: Gall Lothar u. Koch, Rainer (Hgg.), Der europäische Liberalismus im 19 Jh., Texte zu seiner Entwicklung, Bd. 3, Frankfurt-Berlin-Wien 1981, S. 26-40

**Smith, Adam:** Der Wohlstand der Nationen- Eine Untersuchung seiner Natur, und seiner Ursachen (engl. Originaltitel: *Inquiry into the Nature an Causes of the Wealth of Nations*),. aus dem Engl. ühers. u. hg. V. Horst Claus Recktenwald (vollst. Ausg. nach der 5. Aufl. letzter Hand, London 1789) , 4. Aufl., München 1988

Thünen, Johann Heinrich von: Der natürliche Arbeitslohn, aus: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie 2. Teil, eingel. v. H. Waentig, Stuttgart 1965., S.435-59 6, in: Gall Lothar u. Koch, Rainer (Hgg.), Der europäische Liberalismus im 19 Jh., Texte zu seiner Entwicklung, Bd. 3, Frankfurt-Berlin-Wien 1981, S. 308-319

2.) Rheinischer Frühliberalismus:

**Engels, Friedrich:** Die "Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx-Engels-Werke (MEW) , Bd.2, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1965

**Hansemann, David:** Preußen und Frankreich, 2. verb. Aufl., Leipzig 1834

**Hansen, Joseph:** Gustav von Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild, Bd. I: Biographie, Bd. II: Abhandlungen, Denkschriften, Reden und Briefe, Berlin 1906

**Hansen, Joseph (Hg.):** Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung (1830-1850), Bd. I: 1830-1845, Neudruck v. 1919, Osnabrück 1967 (= Deutsche Geschichtsquellen des 19, Jhs Bd. I), Bd. II/ 2. Teil: April-Dezember 1848, bearb. v. Heinz Boberach,, Köln-Bonn 1976 (= Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde XXXVI)

**Hegel, Georg Wilhelm Friedrich:** Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatsrecht im Grundrisse, Mit Hegels eigenhändigen Notizen und den mündlichen Zusätzen, 1. Aufl. (Auf d. Grundlage d. Werke von 1832-1845 neu edierte Ausg.), Frankfurt a.M. 1986 (= Suhrkamp Werksausgabe Bd. 7)

Schwann, Matthieu (Hg.): Ludolf Camphausen:

Bd. I: Ludolf Camphausen als Wirtschaftspolitiker (= Veröffentlichungen des Archivs für Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsgeschichte Bd. III)

Bd. II: Ludolf Camphausen, Denkschriften, wirtschaftspolitische Arbeiten und Briefe (= Veröffentlichungen des Archivs für Rheinisch- Westfälische Wirtschaftsgeschichte Bd. IV)

Essen an der Ruhr 1915

Nachtrag:

**Brandt, Hartwig(Hg.):** Restauration und Frühliberalismus 1814-1840, Darmstadt 1979 (=

### III. Verzeichnis der verwendeten Sekundärliteratur

**Angermann, Erich:** Ludolf Camphausen 1803-1890, in: Rheinische Lebensbilder Bd. 2, Köln 1966, S. 195-219

**Bergengruen, Alexander:** David Hansemann, Berlin 1901

**Bermbach, Udo:** Liberalismus, in: Fetscher, Iring u. Münkler, Herfried (Hgg.), Pipers Handbuch der politischen Ideen, Bd. 4: Neuzelt., Von der Französischen Revolution bis zum europäischen Nationalismus, München-Zürich 1986, S. 323-368

**Botzenhart, Manfred:** Reform, Restauration, Krise. Deutschland 1789-1847, Frankfurt a.M. 1985 (= suhrkamp edition Neue Folge 252)

**Briefs, Goetz:** Untersuchungen zur klassischen Nationalökonomie. Mit besonderer Berücksichtigung der Durchschnittsprofitrate, Jena 1915

**Dowe, Dieter:** Aktion und Organisation, Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung in der Preussischen Rheinprovinz 1820-1852, Hannover 1972 (ersch. in der Schriftenreihe des Forschungsinstituts d. Friedrich-Ebert-Stiftung)

**Faber, Karl-Georg:** Deutsche Geschichte im 19. Jh.. Restauration und Revolution, Von 1815-1851, Wiesbaden 1979 (= Brandt-Meyer-Just Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 3/I b)

**Faber, Karl-Georg:** Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution. Probleme der Rheinischen Geschichte von 1814 bis 1848 im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik, Wiesbaden 1966

**Federici, Federico:** Der deutsche Liberalismus. Die Entwicklung einer politischen Idee von Immanuel Kant bis Thomas Mann, Zürich 1946

**Fehrenbach, Elisabeth:** Rheinischer Liberalismus und gesellschaftliche Verfassung, in: Schieder, Theodor (Hg.): Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983, S. 272-294

**Fehrenbach, Elisabeth:** Zur sozialen Problematik des Rheinischen Rechts im Vormärz, in: Berding, Helmut (Hg.) u.a.: Vom Staat des Ancien Regime zum modernen Parteienstaat, Festschrift für Theodor Schieder, München 1978, S 197-212

**Gall, Lothar:** Liberalismus und "Bürgerliche Gesellschaft". Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: Gall, Lothar (Hg.): Liberalismus, 2. erw. Aufl., Königstein/Ts. 1980, S. 162-186

**Gerth, Hans H.:** Bürgerliche Intelligenz um 1800. Zur Soziologie des deutschen Frühliberalismus, Göttingen 1976 (= kritische Studie zur Geschichtswissenschaft Bd. 19)

**Habermas, Jürgen:** Strukturwandel, der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 17. Aufl., Neuwied-Darmstadt 1987

**Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W.:** Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a. M. 1988

**Kellenbenz, Hermann:** Grundzüge der Wirtschaftsgeschichte, in: Forst, Walter (Hg.) : Das Rheinland in preußischer Zeit, 10 Beiträge zur Geschichte der Rheinprovinz,. Köln-Berlin 1965, S. 125-144

**Koch, Robert:** Industriesystem oder "Bürgerliche Gesellschaft". Der frühe deutsche "Liberalismus und das Laissez-faire-Prinzip, in: GWU 29 (1978), S. 605-628

**Köllmann, Wolfgang:** Soziale Frage und soziale Bewegungen, in: Forst, Walter (Hg.) : Das Rheinland in preußischer Zeit. 10 Beiträge zur Geschichte der Rheinprovinz,. Köln-Berlin 1965, S. 145-164

**Köster, Johanna:** Der rheinische Frühliberalismus und die Soziale Frage, Berlin 1958

**Kosselleck, Reinhart:** Preußen zwischen Reform und Revolution, 4, Aufl., Stuttgart 1987

**Kromphardt, Jürgen:** Was heißt liberale Wirtschaftspolitik, in: Harms, Jens (Hg.) "Über Freiheit". John St. Mill und die Politische Ökonomie des Liberalismus, Frankfurt a.M. 1984, S. 151-166

**Lademacher Horst:** Die nördliche Rheinlande von der Rheinprovinz his zur Bildung des Landschaftsverbandes Rheinland (1815-1953), in: Petri, Franz u. Droege, Georg (Hgg.): Rheinische Geschichte in drei Bd.en, Bd. 3, Düsseldorf 1983

**Langewiesche, Dieter:** Europa zwischen Restauration und Revolution 1815-1849, München-Wien 1985 (= Odenbourg Grundriß der Geschichte Bd. 13)

**Langewiesche,Dieter:** Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1958 (= Neue Historische Bibliothek, edition suhrkamp, Neue Folge Bd. 266)

**Mayer, Gustav:** Die Freihandelslehre in Deutschland. Ein Beitrag zur Gesellschaftslehre des wirtschaftlichen Liberalismus, Jena 1927

**Mommsen, Wolfgang J.:** Der deutsche Liberalismus zwischen "Klassenloser Bürgersgesellschaft" und "Organisiertem Kapitalismus". Zu einigen neueren Liberalismusinterpretationen, in: GG 4 (1978) S 77-91

**Nipperdey, Thomas:** Deutsche Geschichte 1800-1866, Bürgerwelt und starker Staat., München 1983

**Nolte, Ernst:** Marxismus und Industrielle Revolution, Stuttgart 1983

**Padtberg, Beate-Carola:** Rheinischer Liberalismus in Köln während, der politischen Reaktion in Preußen nach 1848/49, Phil. Diss., Köln 1985

**Puppke Ludwig:** Sozialpolitik und soziale Anschauungen frühindustrieller Unternehmer in Rheinland-Westfalen, Ökon. Diss. Köln 1966 (= Schriften zur Rheinisch-Westfälischen

**Reppen, Konrad:** Märzbewegung und Maiwahlen des Revolutionsjahres 1848 im Rheinland, Bonn 1955 (= Bonner Historische Forschungen Bd.4)

**Ruggiero, Guido de:** Geschichte des Liberalismus, deutsch v. Kurt Wälde und Konrad Wandel, Neudruck v. 1930, Aalen 1964

**Schäfer, Dieter:** Die politische Persönlichkeit David Hansemanns, in: David Hansemann 1790-1864-1964, hg. i.A. der Industrie- und Handelskammer Aachen, Aachen 1964, S. 9-26

**Schieder, Theodor:** Die Krise des bürgerlichen Liberalismus, in: Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jh. s, München 1958, S. 58-88

**Walther, Rudolf:** Exkurs: Wirtschaftlicher Liberalismus, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Kosselleck, Reinhart (Hgg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3: H-Me, Stuttgart 1982, S. 787-815

**Vopelius, Marie-Elisabeth:** Die altliberalen Ökonomen und die Reformzeit, Stuttgart 1968 (= Sozialwissenschaftliche Studien Heft 11)

**Zorn, Wolfgang u. Adelman, Gerhart:** Hansemann als Sozialpolitiker, in: David Hansemann 1790-1864-1964, hg. i.A. der Industrie- und Handelskammer Aachen, Aachen 1964, S. 27-44

**Zyha, Adolf:** Die wirtschaftsliberalen Reformen: Grunderwerbsfreiheit, Gewerbe- und Vertragsfreiheit, in: Böckenförde, Erwin. W. (Hg.): Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815-1918), Köln 1972, S. 341-356

#### **Verwendete Bibliographie:**

**Heß, Jürgen C.:** Bibliographie zum deutschen Liberalismus, Göttingen 1981 (= Arbeitsbücher zur modernen Geschichte Bd. 10)